:antifaschistische nachrichten

Nr. 23

g 3336 12.11.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 ¤

www.antifaschistische-nachrichten.de

AfD-Demo in Elmpt

NIEDERKRÜCHTEN-ELMPT/KREIS VIERSEN. Der Bezirksverband Düsseldorf der selbsternannten „Alternative für Deutschland“ (AfD) will am Freitag, den 13. November, eine Demonstration „Gegen Missstände und Asylchaos in NRW“ in Niederkrüchten-Elmpt durchführen. Laut der AfD sollen in dem Ort an der niederländischen Grenze künftig bis zu 3500 Flüchtlinge untergebracht werden. Meinungsfreiheit existiere „auf Grund der Vormachtstellung der „politischen Korrektheit“ nur noch auf dem Papier“, heißt es in dem Aufruf der AfD, der „massenhaften Asylmissbrauch“ und „Fremd-bestimmung durch die EU“ beklagt, und der von Dirk Schlomski, stellvertretendem Sprecher der AfD im Kreis Viersen, unterzeichnet worden ist. Beginnen soll die Demonstration um 19.30 Uhr an der Ecke Industriestraße / Alte Zollstraße.

hma ■

Rücktritte bei der CSU

ZORNEDING. Die Vorsitzende des CSU-Ortsverbandes von Zorneding, Sylvia Boher, ist nach heftiger Kritik an der Asylpolitik der Bundesregierung zurückgetreten. Boher hatte geäußert, der gegenwärtige Flüchtlingsstrom gleiche einer „Invasion“ und Bayern werde von Flüchtlingen regelrecht „überrannt“. Auch Bohers Stellvertreter, Johann Haindl, trat von seinem Posten zurück. Haindl hatte Boher in Schutz genommen, nachdem der aus dem Kongo stammende katholische Ortspfarrer die Äußerungen der CSU-Ortsvor- sitzenden verurteilt hatte. Konkret sagte Haindl: „Der muß aufpassen, daß ihm der Brem (der Vorgänger im Pfarreramt) nicht mit dem nackerten Arsch ins Gesicht springt, unserem Neger.“ Das Erzbistum hatte dem CSU-Politiker daraufhin Rassismus vorgeworfen, heißt es auf der Internetseite der „Jungen Freiheit“ vom 3. November.

hma ■

ALFA will „Merkel stoppen“

Auch die AfD-Abspaltung „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (ALFA) um Bernd Lucke erhofft sich vermehrten Zulauf durch die gegenwärtige Flüchtlingsdebatte. Am 6. November hat die ALFA

Vier Jahre nach dem Auffliegen des NSU

Nebenklagevertreter fordern konzentrierte und rückhaltlose Aufklärung

Erklärung von 28 NebenklagevertreterInnen beim sog. NSU-Verfahren

Am 4.11.2015 erfolgten vielfältige Rückblicke auf das Auffliegen des NSU vor vier Jahren. Im Kanzleramt fand eine Tagung statt, zu der auch einige Nebenkläger und ihre Vertreter eingeladen waren. Gleichzeitig ist nunmehr ein weiterer Untersuchungsausschuss eingesetzt worden, der von den Nebenklägern und ihren Vertretern schon nach Abschluss des ersten Ausschuss gefordert wurde. Schon damals hatten wir darauf hingewiesen, dass es viel zu viele ungeklärte Fragen gibt (http://www.blog-rechtsanwael.de/aufklarung-abgehakt-konsequenzen-messbar/). *Nunmehr haben wieder 28 Nebenklagevertreter die Erwartungen der Opfer an den zweiten Untersuchungsausschuss formuliert. Die auch von uns (Sozietät Schön & Reinecke, Köln) unterzeichnete Erklärung hat folgenden Wortlaut:*

Der Bundestag hat einen zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung des NSU-Komplexes eingesetzt. Dies begrüßen wir, die unterzeichnenden Nebenklagevertreter und -vertreterinnen im NSU-Verfahren in München, ausdrücklich. Im Zentrum des Ausschusses sollte die Frage stehen, welche Rolle das V-Leute-System für die Entstehung des NSU und dessen Unterstützungsstrukturen gespielt hat. Es ist zu klären, was insbesondere das Bundesamt für Verfassungsschutz wusste und ob nachrichtendienstliche Erkenntnisse, die es ermöglicht hätten, die Morde zu verhindern, ignoriert worden sind. Im Strafprozess in München haben wir Anhaltspunkte dafür gefunden, die ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss mit seinem sehr viel weiter reichenden Instrumentarium zur Aufklärung dieser Fragen weiter verfolgen muss. Für uns ist es vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Hauptverhandlung am OLG München, von V-Mann-Führern und neonazistischen V-Leuten gleichermaßen belogen worden zu sein, sehr klar: Die Frage nach dem Wissens- und Kenntnisstand sowie den daraus resultierenden Handlungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz, seiner V-Mann-Führer, seiner Leitungs-

Fortsetzung Seite 3 →

Spendet für die Antifaschistischen Nachrichten
Spendenstand, 9.11.2015: 450,– Euro
BLZ: 370 100 50, Postbank Köln
Kto: 104 19 507
IBAN: DE 95 3701 0050 0010 4195 07
BIC PBNKDEFF370

eine Kampagne unter dem Motto „Merkel stoppen“ begonnen. Innerhalb von vier Wochen will die ALFA 32 Veranstaltungen im Bundesgebiet durchführen. Anlässlich der Auftaktveranstaltung der Kampagne im schleswig-holsteinischen Norderstedt erklärte der ALFA-Landesvorsitzende Jürgen Joost, dass es notwendig sei die Mitte der Gesellschaft zu mobilisieren, um die unverantwortliche und rechtswidrige Migrationspolitik der Merkel-Regierung zu stoppen. Alleine in Schleswig-Holstein will die ALFA 700 Plakate aufhängen und 200 000 Flugblätter verbreiten.

hma ■

Neuer Vorsitzender

Düsseldorf/Erlangen. Der Chefredakteur der „Deutschen Sprachwelt“, Thomas Paulwitz, ist neuer Vorstandsvorsitzender der Theo-Münch-Stiftung für die Deutsche Sprache. Die Stiftung ist 2002 aus dem Nachlass des Rechtsanwalts Theo Münch entstanden und hat ihren Sitz in Düsseldorf. Paulwitz gehört zu den Autoren des rechten Wochenblatts „Junge Freiheit“. Die Münch-Stiftung fördert vor allem Schüler und Studenten. Gefördert wurden bislang deutsche Schulen im Ausland, die Erstellung von Ausstellungen, Schülerwettbewerbe und Preise für Abschlussarbeiten an Hochschulen.

hma ■

Nicht das Boot – das Maß ist voll: Mikl Leitner muss weg!

Österreich. Seit Wochen ist die ÖVP-Innenminsterin Mikl-Leitner in der Flüchtlings-Frage auf dem Sheriff-Trip. Sie faselt von „drohender Gewalt“, tritt affirmativ für eine „Festung Europa“ ein und will partout Zäune an den Grenzen errichten. Nicht von ungefähr hat sie vor kurzem der „christlichen“ Schwesterpartei CSU, die sich ebenfalls als Scharfmacher geriert, einen Besuch abgestattet…

Jeder ihrer Auftritte – eine unerträgliche Mischung aus salbungsvoll und aggressiv – bereitet geradezu körperliches Unbehagen. Nicht das Boot ist voll – es gibt in Österreich und in der EU genügend Reichtum und Kapazitäten um Menschen, die vor Krieg, Repression und Armut fliehen, würdig unterzubringen. Hingegen ist das politische Maß für die schwarze Frontfrau – längst – überschritten. Sie muss zurücktreten!

Nicht vergessen darf jedoch, dass sie nur als Sprecherin der VP-Hardliner agiert und dass Faymann und Co. ihr weitgehend freien Raum gewähren („um die Koalition nicht zu gefährden“). Auch bei den Verrenkungen des Bundeskanzlers kann man/ frau nur Unbehagen empfinden.

Die Flüchtlingsfrage wird Europa noch lange beschäftigen – weil Kriege und Unterdrückung weiter andauern und die historisch durch (Neo)Kolonialismus und Imperialismus bedingte Unterentwicklung von Ländern in Afrika und Asien sich nicht rasch ändern wird.

Umso wichtiger ist es schon jetzt unzweideutig Position zu beziehen: gegen die Hetzer in allen Schattierungen, aber auch gegen die sich windenden und wendenden Leisetreter. Beide Varianten bereiten – wenn auch in unterschiedlicher Form – den Boden für die Demagogie der extremen Rechten auf.

Um mittel- und langfristig erfolgreich zu sein, reicht das ABSOLUT UNERLÄSSLICHE humanitäre, zivilgesellschaftliche Engagement nicht aus. Es bedarf im Rahmen dieses Engagements – und NICHT abstrakt von außen belehrend – einer – nicht zu schmalen – aber klar linken politischen Initiative, die die tiefen Ursachen der Flüchtlingsströme benennt, gegen sie konkret agiert und dies mit dem Kampf hier (und in Europa) gegen Armut und Sozialabbau verbindet.

Erinnern wir uns an das „Lichtermeer“ gegen Ausländerfeindlichkeit: Hunderttausende waren damals auf der Straße! Aber mangels einer politischen Perspektive konnte Haider dennoch gewaltig zulegen. So etwas sollte kein zweites Mal passieren!

Hermann Dworczak ■

Anschlag auf Denkmal für ermordete Sinti und Roma in Berlin

In Berlin ist das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas geschändet worden. Im Eingangsbereich des Denkmals fand sich ein großformatiges Hakenkreuz und der Schriftzug „Vergasen“, wie die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas am Donnerstag in Berlin mitteilte. Das Denkmal war 2012 eingeweiht worden und erinnert an rund 500 000 in der NS-Zeit ermordete Sinti und Roma. Dazu Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE:

„Das ist ein dreister Anschlag auf das Gedenken an Hunderttausende NS-Opfer. Ich gehe davon aus, dass diese widerliche Tat auch ein Produkt des Hasses ist, der von Pegida und anderen Rassisten gesät wird. Es ist wichtig, dass alle Demokratinnen und Demokraten in Deutschland dagegenhalten und nun umso stärker ihre Solidarität mit den Flüchtlingen zeigen – und zwar auch mit jenen aus dem Westbalkan.“

Ulla Jelpke, MdB ■

Nazikonzert in Uelzen

„Am Montag, dem 26. Oktober 2015 fand in Uelzen ein kleines Konzert mit dem bekanntesten Interpreten der neonazistischen Rechtsrock-Szene statt. Michael Regener, der unter dem Pseudonym „Lunikoff“ auftritt, spielte vor rund 40 Neonazis und rechten Skinheads. Organisiert wurde dieser Liederabend von der rechten Skinhead-Clique „Skinheads Uelzen“. Veranstaltungsort war die „Oase“, ein Nachtclub in Uelzen.

Die Besucherinnen und Besucher des Konzerts kamen aus Bad Segeberg, Braunschweig, Gifhorn, Hamburg, Hildesheim, Lüneburg, Salzgitter, Salzwedel, Uelzen sowie aus dem Heidekreis.“

Weitere Bilder und Hintergrundinfos gibt es bei der Antifaschistischen Aktion Lüneburg / Uelzen. http://antifa-lg-ue.org/nazikonzert-in-uelzen/ 30.10.2015 ■

NPD-Aufmarsch weit vor Geflüchteten-Unterkunft blockiert

Aggressive Nazis bleiben bei selbsternannter „Bürgerdemo“ unter sich

Berlin-Schöneweide. Im Laufe des Montagabends, den 2. November haben insgesamt 800 Antifaschist*innen einen Aufmarsch der NPD gestoppt. Durch eine Blockade von etwa 500 Menschen auf dem Groß-Berliner Damm musste die NPD nach nur 200 Metern umkehren.

Die Nazis hatten sich an zwei Orten versammelt, trotz Geheimhaltungsstrategie der NPD war das den Gegendemonstrant*innen aber vorher bekannt. Am eigentlichen Auftaktort, für den die NPD mehr als 5000 Flyer gesteckt hatte, versammelten sich gerade einmal 40 Menschen um den Berliner NPD-Chef Sebastian Schmidtke. Auf der anderen Seite des S-Bahnhofs Schöneweide trafen sich etwa 80 organisierte NPD-Nazis aus ganz Berlin und Brandenburg und liefen eine halbe Stunde durch Niederschöneweide und vereinigten sich dann mit ihrer zweiten Kundgebung. Währenddessen kam es aus dem Aufmarsch heraus zu mehreren Angriffen auf Journalist*innen, unter anderem auf Mitarbeiter*innen der Berliner Zeitung und der Welt.

Bereits gegen 18 Uhr hatten sich mehrere hundert Antifaschist*innen bei der zentralen antifaschistischen Kundgebung an der Ecke Groß-Berliner Damm/Sterndamm sowie auf zwei weiteren Kundgebungen eingefunden. Im Laufe des Abends entstanden erst hintereinander zwei Sitzblockaden in kleinen Straßen auf der Naziroute und dann schließlich direkt auf dem Groß-Berliner Damm. Die Besetzung der Straße durch 500 Leute zwang die NPD dann zum Umdrehen.

ebene und seiner V-Leute zu den Aktivitäten des mutmaßlichen NSU– Kerntrios und dessen Unterstützer_innen-Netzwerk muss im Zentrum des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag stehen.

Im Übrigen war die Einsetzung des 2. NSU Untersuchungsausschusses im Bundestag überfällig. Der erste Untersuchungsausschuss aus der letzten Legislaturperiode hatte eine Vielzahl angeforderter Akten von den Behörden nicht erhalten und endete daher mit einem damals noch geringeren Erkenntnisstand. Unsere Aufklärungsbemühungen im Strafprozess vor dem OLG München, aber auch die des Bundestages mit seinen weiteren regulären parlamentarischen Instrumentarien, etwa denen des dortigen Innenausschusses, werden zudem bis heute dadurch behindert, dass systematisch Informationen zurückgehalten werden oder gar eine bewusste Desinformation erfolgt. Verantwortlich dafür sind zumindest in einem erheblichen Umfang auch Bundesbehörden, wie etwa das Bundesamt für Verfassungsschutz, der Militärische Abschirmdienst, der Bundesnachrichtendienst und nicht zuletzt auch die Generalbundesanwaltschaft sowie die für sie ermittelnden Behörden. Deshalb ist es wichtig, dass sich der neue Untersuchungsausschuss – ohne jede Schonung dieser Dienste und Behörden – um die rückhaltlose Aufklärung bemüht, die den Hinterbliebenen und Verletzten des NSU-Terrors versprochen wurde.

Die Zeit für den Untersuchungsausschuss ist knapp. Ein sinnvolles Ergebnis kann nur dann erreicht werden, wenn sich die Abgeordneten konsequent und kompromisslos gegen jede Hinhalte- und Verschleierungstaktik wehren und ihre parlamentarischen Kontrollrechte verteidigen und durchsetzen.

Neben der Frage nach der Rolle des Inlandsgeheimdienstes muss auch weiter geklärt werden, welchen Anteil institutioneller Rassismus an den Ermittlungsfehlern der Strafverfolgungsbehörden hatte. Die fehlende gemeinsame Benennung dieses Problems haben die Nebenklagevertreter und -vertreterinnen nach dem ersten Untersuchungsausschuss deutlich kritisiert.

Die damals geäußerte Sorge, dass das Mantra von „Pannen“ und „Betriebsblindheit“ zu falschen Schlüssen führen würde, war leider berechtigt. So hat die große Koalition inzwischen unter anderem zwar eine Reform des Bundesamtes für Verfassungsschutz beschlossen: Statt aber dessen Befugnisse zumindest an den Stellen einzuschränken, an denen sie missbraucht wurden oder aber zumindest kontraproduktiv gewirkt haben, sind nunmehr die Macht und die praktischen sowie finanziellen Mittel des Bundesamtes massiv ausgebaut worden. Man hat aus den im vorangegangenen Untersuchungsausschuss festgestellten Fehlentwicklungen nicht gelernt – man hat sie vielmehr weitestgehend legalisiert. Solche Konsequenzen darf ein neuer Untersuchungsausschuss nicht haben. Im Gegenteil muss der Untersuchungsausschuss dazu führen, dass die wenigen bislang beschlossenen Reformen überdacht und ggf. an entscheidenden Stellen korrigiert werden. Dafür müssen aus unserer Sicht im Wesentlichen folgende Fragen aufgeklärt werden:

1. Was wusste das Bundesamt für Verfassungsschutz vor der Selbstenttarnung des NSU über die sog. Ceska-Mordserie?

Beim Hessischen Verfassungsschutz gab es bereits vor den Morden an Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat 2006 ein Rundschreiben zur Mordserie und die Aufforderung, dazu Informationen von V-Leuten einzuholen. Weitere Behörden waren in den Vorgang eingebunden, sehr sicher auch das Bundesamt, weil es ein bundeslandübergreifender Vorgang war. Gab es Informationen dazu? Von wem? Wann? Welche? Warum hat das Bundesamt ggf. dem letzten Untersuchungsausschuss verschwiegen, dass es derartige Ermittlungen zur Mordserie vor 2006 angestrengt hat? Gibt es dazu Akten? Wurden sie ggf. vernichtet?

Man hat aus den im vorangegangenen Untersuchungsausschuss festgestellten Fehlentwicklungen nicht gelernt – man hat sie vielmehr weitestgehend legalisiert

2. Was wusste das Bundesamt für Verfassungsschutz über den „NSU“ vor 2011?

Welche Informationen gab es wann von dem V-Mann Thomas Richter, alias „Corelli“? Warum wurden dem letzten Untersuchungsausschuss Informationen vorenthalten (bspw. die Übergabe einer CD mit der Bezeichnung „NSU / NSDAP“ im Jahr 2005 oder die Übergabe des Nazi-Fanzines „Weißer Wolf“ mit Grüßen vom „NSU“ im Jahr 2002 an das Bundesamt)? Welche Informationen gab es wann von dem V-Mann Marcel Degner, alias „Hagel“, des Thüringer Verfassungsschutzes, die an das Bundesamt weitergegeben wurden (mindestens 70 sollen vorliegen)? Warum sind sie dem letzten Untersuchungsausschuss (und dem OLG München) vorenthalten worden? Welche bislang unbekannten Treffberichte und weiteren Informationen mit Bezug zum NSU-Komplex von V-Mann „Piatto“, alias Carsten Szczepanski, liegen dem Bundesamt vor?

3. Was wussten Bundesbehörden über das Netzwerk des NSU und wie wurde dieses Wissen genutzt?

Was wusste das Bundesamt über die Unterstützung des Kerntrios durch das Neonazinetzwerk „Blood & Honour“? Hier waren etliche V-Leute – auch aus Chemnitz – tätig, deswegen ist es nahezu unvorstellbar, dass es keine Informationen gab. Was wussten das Bundesamt für Verfassungsschutz und auch der Bundesnachrichtendienst – soweit es um internationale Kontakte geht – darüber?

4. Gibt es neue Möglichkeiten, die „Operation Konfetti“ aufzuklären?

Die am 11. November 2011 im Bundesamt für Verfassungsschutz vernichteten sieben V-Leute-Akten, insbesondere die Akten des V-Mannes Michael See, alias „Tarif“, konnten nach Abschlussdes ersten Ausschusses teilweise rekonstruiert werden. Warum war die Rekonstruktion der vernichteten Akten erst nach Abschluss des Ausschusses möglich? Was konnte bislang woraus wieder rekonstruiert werden und welche Schlüsse lassen sich daraus ziehen? Welche neuen Erkenntnisse gibt es dazu, warum die Akten der mindestens sieben V-Leute aus dem Umfeld des NSU-Kerntrios rechtswidrig unmittelbar nach Selbststellung von Beate Zschäpe vernichtet wurden?

5. Warum versuchen Bundesbehörden seit dem 4.11.2011 immer wieder, die Aufklärung zu blockieren?

Kurz nach der Selbstenttarnung des NSU wurde der ehemalige V-Mann Sebastian Seemann vernommen. Er machte Angaben zur möglichen Herkunft mindestens einer weiteren Tatwaffe, die aber den Akten des Münchener Strafverfahrens zu Folge nie weiter verfolgt wurden. Diese Information wurde auch dem ersten Untersuchungsausschuss vorenthalten, warum? Was ist hierbei die Rolle der Generalbundesanwaltschaft? Warum legt die Generalbundesanwaltschaft dem OLG München diverse Vernehmungen von Zeugen zur Sache nicht vor? Warum wird der Nebenklage (und allen anderen Beteiligten) – trotz des Transparenz- und Aufklärungsversprechens der Bundesregierung – die Akteneinsicht in diese Ermittlungsergebnisse verwehrt? Was ist das Ergebnis dieser Ermittlungen?

Alkan, Rechtsanwalt • Basay, Rechtsanwältin • v. d. Behrens, Rechtsanwältin • Bliwier, Rechtsanwalt • Bogazkaya, Rechtsanwalt • Dr. Daimagüler, Rechtsanwalt • Dierbach, Rechtsanwältin • Dr. Elberling, Rechtsanwalt • Fresenius, Rechtsanwalt • Heising, Rechtsanwalt • Hoffmann, Rechtsanwalt • Ilius, Rechtsanwalt • Kara, Rechtsanwalt • Kienzle, Rechtsanwalt • Kolloge, Rechtsanwalt • Kuhn, Rechtsanwalt • Lunnebach, Rechtsanwältin • Narin, Rechtsanwalt • Rabe, Rechtsanwalt • Reinecke, Rechtsanwalt • Scharmer, Rechtsanwalt • Schön, Rechtsanwalt • Sertsöz, Rechtsanwalt • Sfatkidis, Rechtsanwalt • Sidiropoulos, Rechtsanwalt • Dr. Stolle, Rechtsanwalt • Top, Rechtsanwalt • Ünlücay, Rechtsanwalt

Aus den Fenstern umliegender Häuser ertönten Pfeifkonzerte gegen die NPD. Zudem bedankten sich am Ende des Abends viele Geflüchtete mit Blumensträußen bei den Antifaschist*innen, die die Nazi-Demo von der Geflüchteten-Unterkunft ferngehalten hatten.

Dazu erklärt Tina Böhm, Sprecherin von Uffmucken: „Der Abend war ein klarer Misserfolg für die Nazis der Berliner NPD. Trotz überregionaler Mobilisierung in der Naziszene und dem Verteilen von tausenden Werbe-Flyern in Berliner Briefkästen konnten sie keine ‚Bürger' mobilisieren, wie sie es vorher geplant hatten. Stattdessen zogen die sehr aggressiven, organisierten Neonazis alleine lediglich wenige hundert Meter durch den Stadtteil. Durch entschlossenen Protest wurden die Neonazis von der Unterkunft ferngehalten." Weiter erklärt Böhm: „Schmidtke kann wohl kaum im Ernst erwartet haben, dass der gewaltbereite Nazimob, den er anführte, ungestört Angst und Schrecken unter traumatisierten Menschen verbreiten kann, die vor Kriegen, Genoziden, Verfolgung und Armut geflohen sind. Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass sich Neonazis in Schöneweide und Johannisthal nicht ungestört austoben können."

Pressemitteilung 03.11.2015
Berlin-Johannisthal
http://uffmucken-schoeneweide.de ■

Naziaufmarsch in Remagen am 21.11.2016

Die Neo-Naziszenen aus NRW, Rheinland-Pfalz und Bayern organisiert in der Kleinstadt Remagen seit Jahren eine Demonstration, die der vermeintlichen Ñdeutschen Opfernì des 2. Weltkrieges gedenken soll. Dieses Jahr findet die Demonstration am 21.11. statt. Am gleichen Tag wird eine Anti-Nazi Demonstration unter dem Motto „Für grenzenlose Solidarität mit allen Geflüchteten – Rechtsterrorismus stoppen!" in Remagen/RLP stattfinden. Nähere Infos: http://remagen.blogsport.de

(Das Bürgerbündnis Remagen für Frieden und Demokratie veranstaltet an diesem Tag einen „Tag der Demokratie".)

Deutsche Polizisten schützen die Faschisten...!

Stimmt das immer noch oder schon wieder? Die von Massenaufgeboten der Polizei geschützten Zusammenrottungen des neofaschistischen Dügida-Mobs Freitag in Düsseldorf scheinen dies zu bestätigen. So erfreulich es ist, dass Altstadt-Wirte klar ihre Ablehnung formulierten: „‚Dügida' ist hier fehl am Platz. Die Altstadtwirte begrüßen täglich gerne Gäste aus aller Welt und haben keinen Raum für Fremdenfeindlichkeit", so schlimm ist die aktuelle Praxis.

Spätestens nach dem Mordanschlag auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker, durch den Attentäter Frank Steffen (ehemaliger Aktivist der FAP, in den 90er Jahren an zahlreichen Nazi-Aufmärschen u.a. an Rudolf-Hess-Gedenkmärschen in Fulda und Luxemburg beteiligt, scheint dieser das Vertrauen des ‚Verfassungsschutzes' genossen zu haben. Die Medien berichten über einen ‚Einzeltäter'. Eine Anfrage des Grünen-MdB Volker Beck an die Bundesregierung weist in Richtung Verfassungsschutz. Der Mitbegründer von ‚Hogesa', der kürzlich verstorbene Roland Sokol war auch V-Mann des Verfassungsschutzes.

Wenn Polizeipräsident Wesseler (seine Neonazi-Schutztruppe zeichnete sich am 30. Oktober durch ausgesprochen rüdes und agressiver Verhalten gegenüber antifaschistischen Demonstranten aus) bei seiner Linie bleibt, den Schutzpatron einer Horde von gewaltbereiten Neonazis zu spielen, wird er wohl ebenso wie in Dortmund nicht alt werden.

Der wachhabende Staatsanwalt bezeichnete die Sitzblockaden von 400 Aktiven von ‚Düsseldorf stellt sich quer' als „Nötigung" (Lautsprecherdurchsage der Polizei). Mehrere Einsatzhundertschaften setzten die Helme auf, schubsten, traten, schlugen, drohten mit Pfefferspray um 38 Neonazis ungehindert ihre fremdenfeindlichen Parolen in eine leere Einkaufszone brüllen zu lassen.

Die grüne Ratsfrau Paula Elsholz erklärte: „…eine Fehlplanung der Verantwortlichen auf ganzer Linie, inklusive Befehl die Straße mit allen Mitteln zu räumen." Im Gegensatz zu offiziellen Meldungen der Pressestelle gab es nach der Dügida-Demo – unbehindert von der Polizei – regelrechte Menschenjagden in der Altstadt.

Für jeden, der die angereiste Schlägerkolonne Freitag in Düsseldorf und die dort gehaltenen Hetzreden unter massivem Polizeischutz miterleben musste, dürfte jedes Verständnis für die Toleranz von Polizei., Justiz und Politik gegenüber diesen gewaltverherrlichenden Neonazis abgehen.

Dass sich Polizei, Justiz und Politik bisher nicht zu einem Verbot dieser Zusammenrottungen durchringen konnten, im Gegenteil immer wieder mit Verweis auf das ‚hohe Gut des Versammlungsrechts' unisono mit der örtlichen Presse der Eindruck erweckt wurde und wird, Gewalt ginge überwiegend von ‚linken Spektrum' aus, ist einer politischen Bankerotterklärung gleichzusetzen.

Ausgeblendet wird die Tatsache, dass Justiz und Behörden diese Nazitreffen sichern und faschistische Hetzreden mit hunderten, ja tausenden Polizisten fürsorglich begleiten. Hier wird Rassismus und Fremdenhass vom staatlichen Gewaltmonopol durchgesetzt. Das nennen wir behördlich betreutes Hetzen.

Jürgen Schuh (Kreissprecher VVN-BdA Düsseldorf) / Kreisinfo der VVN-BdA Düsseldorf November 2015 ■

Über 600 gegen Nazis und Rassismus

Dreigeteilter Widerstand nicht schädlich

Bad Fallingbostel. *In grad von der British Army verlassenen Kasernen auf Europas größtem Truppenübungsplatz leben 3000 Geflüchtete. Das nahm die NPD zum Anlass für eine Kundgebung unter dem Motto „Asylflut stoppen“.*

Das Vorspiel:

In nur 2 Tagen nachdem durch Rundmail der Bürgermeisterin an die Ratsmitglieder bekannt wurde, dass die NPD in 4 Tagen in Bad Fallingbostel gegen Geflüchtete hetzen will, wurde auf gemeinsame Initiative von Tanja Kühne/ FDP und Charly Braun/ DGB hin, Kundgebung und Demo organisiert. GRÜNE, LINKE, ver.di, Jusos und Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA) unterstützten das. 370 Menschen folgten diesen Aufrufen. Wo die NPD in der Stadt letztlich ihren Kundgebungsort bekommen würde, darüber verweigerten Polizei und das zuständige Heidekreis-Ordnungsamt ausdrücklich die Auskunft. Ob diese amtliche Verweigerung rechtens ist, wird noch zu klären sein. Die Folge war, dass die Bündnis-Demo zu weit entfernt von der NPD stattfand.

Ums gleich zu sagen: im Kooperationsgespräch mit Polizeichef und polizeilichem Staatsschutz (der Staatsschutz-Chef ist privat CDU-Ratsherr) im Landkreis-Ordnungsamt versuchte der Polizeichef die Demo-Verantwortlichen in Gegensatz zu Geschäftsinhabern der Demo-Strecke zu bringen: wenn die Demo die ganze (aber schmale) Straßenbreite haben wolle, dann solle sie die Geschäftsleute informieren, damit die ihre Läden schließen können. Es ging um 50 Meter mit 6 Geschäften. Die Demo-Anmeldenden gaben sich mit der halben Straßenbreite zufrieden. Am Demo-Tag 24.10.15 waren alle Geschäfte der Straße, auch wo die Demo nicht hin kam, fast alle dicht. Wer das wohl veranlasst hat?

Die Bündnis-Demo:

Beim Kundgebungsauftakt erklärte Tanja Kühne/FDP, dass rechte Gesinnung nicht in die Stadt, Region und Deutschland gehöre. Mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Lars Klingbeil war sie sich einig, dass Ängste und Fragen zu den vielen Flüchtlingen ihren Platz haben müssen. Zu Fluchtursachen nahm Klingbeil keine Stellung. Charly Braun/ DGB betonte: „Uns eint: Wir alle stehen hier heute gegen Nazis und Rassismus!“.

Der GRÜNE Detlef Gieseke forderte darüber zu reden, weshalb es falsch ist, „Panzer nach Saudi Arabien und Katar zu verkaufen, die nur wieder neue Flüchtlingsströme auslösen werden“. Klaus Meier von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA) stellte Folgen globalen

Foto: Renate Gerstel, verdi

Wirtschaftens dar: „Wenn die Küsten vor Afrika von riesigen Fischtrawlern leergefischt werden, verlieren kleine Fischer ihre Existenz. Viele versuchen sich nach Europa durchzuschlagen, um etwas von dem ihnen genommenen Reichtum abzubekommen.“

Gewerkschaftssprecher Charly Braun kritisierte das neue Asylrecht, wegen bevormundender Sachleistungen, nächtlicher Abschiebungen und dass der gesamte Balkan zu sicheren Drittstaaten erklärt wurde. Braun: „Das bedeutet nichts anderes als das altdeutsche ‚Zigeuner raus‘“. Er griff die geistigen Brandstifter an und stellte dar, wie in Afrika und Asien gigantische Plantagen, verlängerte Werkbänke, billiger Rohstoffeinkauf und Verkauf von Hähnchenresten europäischen Konzernen Riesenprofite bringt. Braun: „Die Verheerung der Welt ist für viele Menschen nicht mehr zu ertragen. Da ist es logisch … der Spur der Ernten, Rohstoffe und Billig-Konsumgüter dorthin zu folgen wo sie genossen werden.“

Klaus Jordan vom Netzwerk-Südheide gegen Rechtsextremismus brachte es auf den Punkt: „Hetzparolen und die Angst vor ‚Überfremdung‘ sind anerkannter Mainstream geworden. Brauner Mob verbindet sich mit „besorgten“ Bürgern.“

Auch Grüner-Landesvorsitzender Stefan Körner und die BI zur Zivilisierung des Truppenübungsplatz-Bergen hielten Reden. Vom offenen Mikrofon machten viele Gebrauch.

Die andere Kundgebung:

Zeitgleich trafen sich 100 Meter weiter vor der Kirche weitere 150 Menschen zu einem „Bündnis für Menschenfreundlichkeit“. Für dieses Bündnis hatte die konservative parteilose Bürgermeisterin Karin Thorey mit SPD und CDU im Rücken die evangelische Kirche gewonnen. Nachdem die Demo des anderen Bündnisses (FDP, DGB u.a.) längst bekannt war, sahen sich Bürgermeisterin und die großen Parteien in Handlungszwang, denn schnell war klar, dass NPD-Rassismuspropaganda nahe des größten niedersächsischen Flüchtlingscamps die überregionale öffentliche Aufmerksam erregt. Zum Versammeln vor der Kirche aufgerufen waren alle, die sich vom Demo-Bündnis „nicht angesprochen fühlen“. Hierfür wurde auch per Rathaus-Rundmail mobilisiert, während die Bündnisdemo keines Wortes wert war. Über Nacht ließ das Bürgermeisterin-Bündnis teure Transparente und Buttons drucken. Der Pastor musste erst überredet werden, die Glocken nicht während der nahen Bündnisdemo zu läuten. Dass der SPD-Kreisvorsitzende und MdB Lars Klingbeil samt Anhang vorm Kirchentreff doch noch vorher bei der Bündnis-Demo vorbeikam, hat einzig damit zu tun, dass dort viele Menschen und ein breites Bündnis waren. Die Bündnis-Verantwortlichen von FDP und DGB luden Klingbeil ans Mikrofon ein. An der Kirche wurden 1000 Euro für die Flüchtlingshilfe gesammelt und die Glocken gegen die NPD geläutet.

Direkter Widerstand gegen NPD:

Erst abends vorher wurde aus einer NPD-Facebook-Seite bekannt, wo genau die NPD-Kundgebung stattfinden würde. Zu weit entfernt und durch Baustellen getrennt von der Bündnis-Demo.

Die NPD hatte anfangs 20 klatschende lokale Zuhörende, während die ersten Autonomen AntifaschistInnen polizeilich eingekesselt wurden. Die NPD lautstark zu übertönen, schafften 140 Nazi-Gegner, darunter viele nicht-autonome Erwachsene aus Bad Fallingbostel. Unter den 25 NPDlern war nahezu deren gesamter Landesvorstand. Ein Antifaschist wurde festgenommen, er hatte sich gegen einen unerkannten Zivilpolizisten gewehrt.

Fazit:

Mehrere TV- und Radiosender berichteten. Die Lokalpresse wertete die 3 Aktionen unterschiedlich. Leicht zu erraten welche meist besonders positiv wegkommt. Die Organisierenden um FDP, DGB, Grüne zogen eine positive Bilanz, denn „über 600 Menschen zeigten Flagge gegen Rassismus und Bad Fallingbostel kann sich über so viel Zivilcourage nur freuen.“ *Heide Bothe* ■

„Rettet unsere Heimat“ – AfD die II.

Foto: Apabiz

Die zweite Veranstaltung der Berliner AfD im Rahmen der bundesweit ausgerufenen „Herbstoffensive“ fand am vergangenen Samstag vor dem Roten Rathaus statt und stand damit symbolisch für das Credo der Partei, gegen die „Volksverräter“ (Berlins AfD-Vorsitzender Günter Brinker) Stellung beziehen zu wollen. Die Veranstaltung wurde von Beginn an von lautstarken Gegenprotesten begleitet. Die Polizei reagierte auf die Blockade der Demonstrationsroute zum Teil sehr ruppig und ging immer wieder gewaltsam gegen die vielfach jungen Protestierenden vor.

Nur etwa 180 AnhängerInnen der AfD waren dem Aufruf am 31. Oktober 2015 gefolgt, um den Reden von Günter Brinker (Landesvorsitzender AfD Berlin), Alexander Gauland (Landesvorsitzender AfD Brandenburg), Thorsten Weiß (Vorsitzender der Jungen Alternative Berlin) und Marcus Pretzell (Vorsitzender AfD NRW) zu lauschen. Letzterer konnte allerdings nur über Megaphon zu seiner Anhängerschaft sprechen, da der Lautsprecherwagen die wenige hundert Meter entfernte Abschlusskundgebung aufgrund der entschlossenen und lautstarken Gegenproteste nicht erreichte. Pretzell wiederholte auf dem Platz direkt vor dem Fernsehturm seine Forderung, Deutschlands Grenzen „als ultima ratio mit der Waffe zu verteidigen“. Auch Gauland stellte die aktuelle Debatte um Flucht und Asyl in den Zusammenhang eines notwendigen Abwehrkampfes: „Wir brauchen eine Festung Europa. Und wenn wir die Außengrenzen Europas nicht mehr schützen können, dann müssen wir die deutschen Grenzen schützen, denn dafür sind Armee und Polizei da.“

„Millionen Menschen aus fremden Kulturkreisen“

Die Veranstaltungsleitung oblag wie in der Woche zuvor Marc Vallendar von der Jungen Alternative (JA) Berlin. Beim Veranstaltungsauftakt gab er die Richtung vor, die auch von den nachfolgenden Rednern eingeschlagen wurde: Die AfD solle mundtot gemacht werden, was jedoch nicht gelingen werde. Nicht die AfD sei es, die Hass schüre, sondern das verantwortungslose Handeln der etablierten Politik, die „Millionen Menschen aus fremden Kulturkreisen“ in das Land hole.

Günter Brinker als erstem Redner gelang es aufgrund der Gegenproteste kaum, sich Gehör zu verschaffen. Er fühlte sich davon scheinbar so sehr provoziert, dass er seine Rede immer wieder unterbrach, um gegen die „Chaoten, die von unseren Steuergeldern leben“ zu wettern. Alexander Gauland ließ sich als nächster Redner davon jedoch nicht beeindrucken. Merkel habe ihren Amtseid verletzt, da sie es versäumt habe, „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“, weshalb sie zurücktreten müsse. Gauland versprach: „Wir schaffen das. Wir schaffen diese Bundesregierung mit ihrer Kanzlerin ab.“ Als Vorbild diente Gauland neben dem Regierungswechsel in Polen vor allem die offen rechte ungarische Regierung unter Victor Orbán, da diese die „Interessen ihrer Völker“ vertreten würden.

Weltuntergangsszenarien

Dass die AfD mittlerweile als einzige Partei das Sprachrohr des „deutschen Volkes“ sei, zog sich wie ein roter Faden durch sämtliche Reden des Abends. Besonders scharf wurde dies von dem Vorsitzenden der Berliner „Jungen Alternative“, ehemaligem Bundeswehroffizier und BWL-Studenten Thorsten Weiß formuliert, der mit seiner Rede in vielerlei Hinsicht an Rhetorik und Inhalte der Neuen Rechten anknüpfte. Weiß zeichnete das Bild einer 3000 Jahre alten deutschen Kulturnation, die durch Konsumismus und Werteverfall, und aktuell vor allem durch die Flucht von Menschen nach Deutschland bedroht werde. Die Verantwortung für dieses Untergangszenario sieht Weiß wie die übrigen Redner auch bei der etablierten Politik: „Wir sehen mit wachen Augen, dass diese, unsere Heimat, von einer realitätsfremden, volksfeindlichen und überheblichen Politikerkaste mit Vollgas gegen die Wand gefahren wird. Diese Vernichtung ist von uns nicht gewollt. Wir lehnen sie ab und wir werden uns mit aller Macht gegen sie zur Wehr setzen. (…) Im Namen der Jugend fordere ich deshalb: Schützt unsere Zukunft. Rettet unsere Heimat.“

Quelle: http://www.blog.schattenbericht.de/2015/11/rettet-unsere-heimat-afd-die-zweite/

■

Nationalhymne im Unterricht – Das Programm der JA Berlin

Ende September hat die Junge Alternative Berlin ihr Programm unter dem Titel „Verstand statt Ideologie“ veröffentlicht. Das Programm ist inhaltlich breit aufgestellt: „Souveränität und Selbstbestimmung“, „Außen- und Verteidigungspolitik“, „Schutz der Familie“ und „Stärkung der inneren Sicherheit“ sind einige Kapitel, unter denen klassische rechtskonservative Themen verhandelt werden. Eine Wiedereinführung von Grenzkontrollen, die Forderung nach einer konsequenten Umsetzung von Abschiebungen und die Bekämpfung von „islamischen Parallelgesellschaften“ gehören ebenso dazu wie familienpolitische Forderungen und wirtschaftsliberale Kernthemen, mit denen die AfD zunächst angetreten war. Unter der Überschrift „Schutz der Familie“ wird die Familie zur „Keimzelle für Volk und Staat“ erklärt und eine Einschränkung des Abtreibungsrechtes gefordert. Integration wird als „Bringschuld“ bezeichnet: „Die gescheiterte Integration von Einwanderern, vor allem aus dem islamischen Kulturkreis zeigt deutlich, dass sich einige Bevölkerungsgruppen nicht integrieren lassen können oder wollen. Im Zuge dessen fordern wir Integrationsmaßnahmen auf ein Mindestmaß zurückzufahren und die finanzielle Förderung dieser einzustellen.“ Weiterhin spricht sich die „Junge Alternative“ gegen eine „kindliche Frühsexualisierung“

EU, Migration, Binnen- und Außengrenzen

Heute Teil 1: EU und Marokko

Einwanderung und Asylsuche sind zentrale Themen für die „massenwirksame“ Agitation der extremen Rechten in vielen Teilen Europas. In diesem Herbst wurden verstärkt damit Wahlen gewonnen, ob im Oktober in der Schweiz (29,5 % für die SVP) oder mit dem Sieg der national-reaktionären Partei PiS in Polen. Im Laufe des Sommers 2015 kam zugleich das bisherige Grenzregime der Europäischen Union an den Außengrenzen ins Wanken.

Niemand konnte wirklich davon überrascht sein. Vier Millionen Menschen, die vor dem brutalen Bürgerkrieg in Syrien flohen, leben in Lagern und Camps in den Nachbarländern: Türkei, Libanon, Jordanien, Ägypten. Seit Juli 2015 hat das World Food Programm (WFP) zum wiederholten Male die Mittel für diese Flüchtlinge gekürzt, weil es dem UN-Organ selbst an den notwendigen Geldern fehlt. Dabei geht es um unmittelbaren, nackten Lebensbedarf, um ein bis zwei Mahlzeiten pro Tag und Heizbedarf. In der Türkei riskieren syrische Flüchtlinge überdies ihre Instrumentalisierung durch jihadistische und andere Banden. Denn die türkische Regierung lässt, oder ließ jedenfalls lange Zeit, selbst den ‚Islamischen Staat‘ (IS) auf ihrem Territorium nahezu frei gewähren.

Aus all diesen Gründen war absolut abzusehen, dass die Millionen syrischer Flüchtlinge nicht einfach in den Lagern ausharren, sondern sich irgendwann in Bewegung setzen würden. Ihre Ankunft auf den der türkischen Grenze nahen griechischen Inseln, wie Lesbos und Kos, rief im Laufe der Monate dort ein Platz- und Unterbringungsproblem hervor. Ab August 2015 ging die griechische Regierung deswegen dazu über, die Menschen dort mit Schiffen abzuholen, auf das Festland zu bringen und ihren Wünschen entsprechend „ziehen zu lassen“. Bis dahin hatte Athen noch die EU-Auflagen befolgt, die Geflüchteten vor Ort einzuquartieren, zu registrieren und ihre „Asylchancen“ in der EU zu überprüfen. Dies löste dann ab Anfang/Mitte August eine Wanderungsbewegung über den Balkan in Richtung Deutschland und/oder Skandinavien aus. Die Bilder sind bekannt; ebenso wie die Reaktion mehrerer Staaten, u.a. mit der Errichtung von Zäunen, dem Ausrollen von Stacheldraht und/oder der Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen reagierten. Den schlimmsten Fall bildet dabei Ungarn. Andere Länder versuchen es mit abschreckenden Darstellungen in Pressekampagnen, wie etwa Dänemark im September 2015 in libanesischen Medien.

Auch über das Mittelmeer hat sich, insbesondere aufgrund der akuten Krise in Libyen (als bisherigem Aufnahmeland für Migranten vom afrikanischen Kontinent), die Zahl der ankommenden Migranten im Laufe der Jahre 2014 und 2015 gegenüber zuvor stark erhöht.

Die EU – während Teile der Öffentlichkeit sich solidarisch erwiesen, Zehntausende demonstrierten im September und Oktober etwa in Kopenhagen, in London und in Wien – reagiert darauf mit unterschiedlichen Mitteln. Es gibt Abkommen zur Unions-weiten Umverteilung von Migranten, es gab und gibt erhebliche Konflikten unter ihren Mitgliedsstaaten, und Abschottungswünsche finden in dem Plan Ausdruck, neue Pufferzonen in konzentrischen Kreisen rund um EU-Europa zu legen. Die dort liegenden Transitländer sollen die in Europa unerwünschten Geflüchteten und Migranten absorbieren. Angela Merkel verhandelte in diesem Sinne im Oktober 2015 mit dem Regime in der Türkei, und die Europäische Union verhandelt in diesem Sinne am 10. und 11. November auf dem EU-Afrika-Gipfel in Malta u.a. mit dem sudanesischen Regime.

In mehreren Beiträgen werden wir in den kommenden Monaten das Schlaglicht auf einige dieser Situationen lenken. Handele es sich um Pufferzonen rund um Europa oder auch um den neuen Rückhalteraum für Migranten, die über den Ärmelkanal auf die britischen Inseln streben, im französischen Raum Calais/Dunkerque. Heute wird es um Marokko und die EU im Hinblick auf die Migrationspolitik gehen.

Eine der Außengrenzen der Europäischen Union, die schon für Tote und für Diskussion sorgten, als Schiffsunglücke im Mittelmeer – insbesondere zwischen Lampedusa und Sizilien – noch keinen Schlagzeilenstoff bildeten, verläuft durch Marokko.

Nicht zwischen Marokko und…, sondern durch Marokko, denn zwei Enklaven spanischen und damit zur EU gehörenden Territoriums liegen auf marokkanischem Boden. Aus historischen Gründen, die natürlich in der Kolonialgeschichte wurzeln, zählen die beiden Städte Ceuta und Melilla (zusammen rund 170 000 Einwohner/innen) nach wie vor administrativ zu Spanien und damit zur EU. In der Nacht vom 28. zum 29. September 2005 und nochmals in jener vom 5. zum 6. Oktober 2005 kam es dort, beim ersten Mal an der Außengrenze von Ceuta und beim zweiten Mal an jener von Melilla, zum Versuch massiver Grenzübertritte. Durch den Ansturm mehrerer hundert Migranten, meist aus dem subsaharischen Afrika, auf den bewachten Grenzzaun versuchten die Menschen, ihn unter dem gemeinsamen Gewicht zum Einsturz zu bringen (oder aber ihn dadurch, dass die Wachkräfte heillos überfordert wären, überwinden zu können) – Techniken, die bis heute immer wieder zum Einsatz kommen. Bei der Niederschlagung dieses kollektiven Grenzübertrittsversuchs gab es 14 Tote. Bis heute wurde kein Verantwortlicher dafür verurteilt, marokkanische und spanische Grenzbeamte schoben sich jahrelang stets gegenseitig die Schuld zu.

Die Toten von Ceuta und Melilla lösten grenzübergreifend in mehreren EU-

---

an Schulen aus. Auch die Prioritätensetzung der JA im Kapitel „Bildung, Forschung und Kultur“ überrascht nicht: Während große Themen wie Inklusion in zwei Sätzen abgehandelt werden (wird abgelehnt), setzt sich die JA dafür ein, „dass die deutsche Nationalhymne an Berliner Schulen, vor Unterrichtsbeginn gesungen wird“.

Berliner AfD hinkt hinterher

Mit dem Singen der deutschen Nationalhymne endete auch die Veranstaltung am Alexanderplatz. Für den kommenden Samstag, den 7. November, hat die AfD eine Großdemonstration mit 10 000 Teilnehmenden in Berlin-Mitte angekündigt. Angesichts der doch überschaubaren Mobilisierungserfolge der letzten beiden Wochenenden, darf daran jedoch gezweifelt werden. Die Berliner AfD ist weit abgeschlagen hinter dem Erfolg der Partei in anderen Bundesländern wie auch im Bundestrend. Laut einer aktuellen Forsa-Umfrage würden derzeit lediglich 3% der Berliner_innen die AfD wählen.

3. November 2015 | Von apabiz ■

Ländern eine Diskussion um diese Toten an einer EU-Außengrenze auf Höhe der Mittelmeerküste aus. Es gab Demonstrationen in mehreren EU-Ländern, Kampagnen, Diskussionsveranstaltungen und Buchveröffentlichungen rund um dieses Thema, und dadurch eine verstärkte Sensibilisierung – in dafür offenen Kreisen – für die Problematik des mitunter tödlichen Grenzregimes an den EU-Außengrenzen. In Marokko selbst jedoch hatten die Vorkommnisse ganz andere Folgen. Kurz darauf kam es zu groß angelegten Razzien und Festnahmen unter Schwarzafrikanern (oder Subsahariens, wie man in politischen Kreisen in Marokko sagt; ein Begriff, der bei weitem vorzuziehen ist, da er auf die geographische Herkunft südlich der Sahara zielt und nicht auf die vermeintliche Hautfarbe), die sich in der Region aufhielten, um ihren Grenzübertritt nach Europa zu versuchen. 3000 von ihnen wurden gezwungen, in Busse auszusteigen, um sie aus der grenznahen Zone wegzubringen. Mindestens 1000 unter ihnen wurden mutmaßlich in der Wüste im Süden Marokkos, etwa in Grenznähe zu Algerien oder aber zu Mauretanien (in der marokkanische besetzten Westsahara), ausgesetzt – eine Information, die allerdings durch die marokkanischen Behörden offiziell geleugnet wird. Obwohl dieselben Behörden dann, einmal unter internationalen Druck geraten, Suchtrupps einsetzten, um die Ausgesetzten wieder aufzufinden, bevor sie verdursteten… Es gilt zwar unter Beobachter/inne/n als wahrscheinlich, dass es dabei zu Todesfällen kam, die Behörden Marokkos streiten es freilich kategorisch ab.

Wer es einmal bis auf das Territorium von Ceuta oder Melilla schafft, kann einen Asylantrag auf EU-Gebiet stellen und dadurch gewisse Grundrechte geltend machen. Zumindest theoretisch, denn praktisch werden viele aufgegriffene Einreisende durch die Guardia Civil geschlagen, ausgeraubt und prompt an ihre marokkanischen Polizeikollegen zurückgeschickt. Um aber zu verhindern, dass doch eine bestimmte Anzahl von Leuten den dauerhaften Übertritt schaffen könnte, tat – und tut – die marokkanische Staatsmacht ihrerseits ziemlich alles in ihrer Macht Stehende, um ausreisewillige Migranten aus der „sensiblen Zone“ herauszuholen. Seit der Zuspitzung vom Herbst 2005 verstecken zahlreiche Migranten sich deshalb außerhalb der Städte und leben wochen-, monate- oder jahrelang in den Wäldnern nahe der Stadt Nador (im Nordosten Marokkos), welche in unregelmäßigen Abständen durch die marokkanischen Behörden „gesäubert“ werden, aber durch ihre Ausdehnung relativen Schutz bieten. Dies ist seitdem zum Dauerzustand geworden, wobei insbesondere der Wald von Gourougou mit seinem Zeltlager – unweit von Melilla – bekannt wurde.

Im darauffolgenden Jahr, 2006, begann eine verstärkte Einbeziehung Marokkos in das Grenzregiem der Europäischen Union. Am 10. und 11. Juli 2006 wurde durch eine Ministerkonferenz in der Hauptstadt Rabat („Euro-afrikanische Ministerkonferenz zu Migration und Entwicklung“) der so genannte Rabat-Prozess gestartet. An ihm nehmen insgesamt gut fünfzig west- und nordafrikanische Staaten sowie Mitgliedsländer der EU teil. Die beteiligten Staaten halten gemeinsame Konferenzen ab, auf denen über Flucht- und Migrationsursachen debattiert wird und darüber beraten soll, wie durch „verbesserte Entwicklungszusammenarbeit“ der Auswanderung (in den durch die Metropolenstaaten unerwünschten Fällen) vor Ort Einhalt geboten werden könne. In der Praxis erwies sich stets nur als Feigenblatt, denn eine Verbesserung der Lebensverhältnisse an Orten „im Süden“ hat in aller Regel nicht stattgefunden – im Gegenteil, selbst in einem gesellschaftlichen relativ stabilen Land wie Senegal brechen Menschen die Lebenschancen weg, etwa weil infolge des Fischereiabkommens mit der EU den Einwohner/inne/n der Küstenregionen die Meere leergefischt und dadurch Lebensgrundlagen entzogen werden. Doch die verbalen Absichtserklärungen dienten stets dazu, eine (einseitige) Abschottungspolitik der Staaten im Norden zu legitimieren, im Namen ihrer „Bemühungen, den Menschen vor Ort bessere Lebensbedingungen zu bieten“, welche sie ja doch unternähmen.

Mit über fünfzig teilnehmenden Staaten ist der „Rabat-Prozess“ vielleicht auch zu schwerfällig, um konkrete Ergebnisse zu zeitigen. Auf Folgekonferenzen am 25. November 2008 in Paris (im Rahmen der damaligen französischen EU-Ratspräsidentschaft) sowie am 23. November 2011 in Dakar wurde versucht, die Zusammenarbeit zu vertiefen. Wesentliche Entscheidungen über das transnationale Migrationsregime wurden jedoch weit eher im bilateralen Verhältnis zwischen Staaten, oder zwischen der EU und einzelnen Staaten des Südens, als in diesem kollektiven Rahmen getroffen. Die Leitmedien in Frankreich (das, aufgrund seines Status als ehemalige Protektorats- oder Kolonialmacht sowohl in Marokko als auch in den meisten Staaten Westafrikas, eine Schlüsselrolle einnimmt) bezeichnen den „Rabat-Prozess“ im Jahr 2015 als „eingeschlafen“. Gleichzeitig wird derzeit durch die treibenden Kräfte in der EU versucht, diesen Prozess zu reaktivieren, indem ein weiterer konzentrischer Kreis um die teilnehmenden Staaten gelegt wird, um nun noch weitere Staaten in Afrika in das Regime der Migrations-Kontrolle einzubeziehen. Deswegen wurde im Jahr 2014 der „Khartum-Prozess“ (benannt nach der sudanesischen Hauptstadt) lanciert, mit dem versucht werden soll, die Migrationskontrolle auch auf den Nordosten des Kontinents und das Horn von Afrika auszudehnen. Dabei wird nicht nur ansatzweise versucht, mit der Diktatur in Eritrea als einem der Hauptherkunftsländer von Geflüchteten – dem „Nordkorea Afrikas“ zusammenzuarbeiten, sondern es wird vor allem das islamistisch grundierte brutale Militärregime im Sudan aufgewertet. Pikanterweise, während dessen amtierendes Staatsoberhaupt (seit 1989) Omar Al-Beschir auf internationaler Ebene nur begrenzt reisen kann, weil er per Haftbefehl vom Internationalen Gerichtshof gesucht wird – seine Ein- und vor allem seine anschließende Ausreise nicht verhindert zu haben, wurde der Regierung Südafrikas unter Jacob Zumaim Juni 2015 schwer zum Vorwurf gemacht. Am 21. Oktober 2015 besuchten die Chefs der diplomatischen Vertretungen Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, der Niederlande und Schwedens im Sudan ein Flüchtlingslager in Wad Charifaie. Aus diesem Anlass stellte der Leiter der diplomatischen EU-Delegation in Khartum, Tomas Ulicny, fest: „Eine verstärkte Kooperation zwischen der EU und dem Sudan ist nötig:“ Angeblich, um die wirklich politisch Verfolgten „besser zu schützen“, aber auch für besseren Grenzschutz „und um den Migranten“ (also denen, deren Weiterreise in Richtung Europa als unerwünscht betrachtet wird und die nicht als „politische Flüchtlinge“ im Sinne der Genfer Konvention akzeptiert werden) „Alternativen zu bieten“, sprich, sie tunlichst vom Mittelmeer oder jedenfalls von Europa fernzuhalten. Anscheinend gibt es keine Grenzen meh – jedenfalls im übertragenen Sinne -, wenn es darum geht, auch noch die übelsten Regimes in die Migrationskontrolle im Auftrag der EU mit einzubeziehen.

Zurück nach Marokko. Auch hier herrscht ein autoritäres monarchisches Regime – hinter parlamentarischer Fassade –, selbst wenn dessen Gewaltniveau bei weitem nicht so hoch liegt wie im langjährigen Bürgerkriegsland Sudan. Am 7. Juni 2013 unterzeichneten die marokkanische Regierung und die EU (vertreten durch EU-Innenkommissarin Cecilia Malström respektive Außenminister Saad dine Al-Otmani) ein Abkommen über eine so genannte Mobilitätspartnerschaft. Dabei handelt es sich um eine jener bilaterale Vereinbarungen, die derzeit zwischen der Europäischen Union und acht Staaten bestehen: den Kapverdischen Inseln, Moldau, Georgien, Aserbaidschan, Armien, Tunesien und Marokko. Letzeres war dabei der erste Mittelmeerstaat, der eine solche Vereinbarung einging; ihr folgte am 3. März 2014 jene mit Tunesien, das durch die damalige

„Technokratenregierung“ unter Mehdi Jomaa (eine Übergangsregierung zwischen dem, diskreditierten und im Winter 2013/14 abgesetzten, islamistischen Kabinett und der nach den Wahlen vom Oktober 2014 neu gebildeten Regierung) vertreten war. Im Falle Tunesiens, das damals eine politisch instabile Phase durchquert, wurde die Unterschrift unter diese Vereinbarung schnell zum Gegenstand heftiger Kritik. Die Übergangsregierung war de facto mit keinerlei demokratischem Mandat dafür ausgestattet, hatte ihre Unterschrift unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorbereitet und die damals stark mobilisierte Zivilgesellschaft – zu der auch NGOs und Foren gehören, die zu Themen der Migrationspolitik arbeiten – nicht einbezogen.

Hauptgegenstand solcher bilateralen Vereinbarungen sind auf der einen Seite Visaerleichterungen für bestimmte Kategorien von Staatsbürger/inne/n der Unterzeichnerstaaten (also in diesen Fällen marokkanischen oder tunesischen Staatsangehörigen), denen auf der anderen Seite die Selbstverpflichtung zur „Rückübernahme“ aus Europa abgeschobener oder dort unerwünschter Migrant/inn/en gegenübersteht. Im letzteren Falle geht es nicht nur um die eigenen Staatsbürger/innen der Vertragspartnerstaaten der EU, sondern auch um die Angehörigen von Drittstaaten, die nachweislich über Marokko respektive Tunesien gereist waren. Wie der Menschenrechtsaktivist Ramy Khouili am 27. Oktober 2015 in der französisch-amerikanischen Zeitung Le Huffington Post feststellt, befindet sich das Ziel der Visaerleichterungen dabei im Zustand der Absichtserklärungen und nicht konkretisierten Programmziele – während die Zielsetzungen im Bereich der „Rückübernahme“ aus Europa zurückgewiesener Migrant/inne/n einen konkreten und verpflichtenden Charakter aufweisen.

Eine Besonderheit der marokkanischen Entwicklung liegt darin, dass die Behörden des Landes im Herbst 2013 eine mehr oder minder breit angelegte „Legalisierungspolitik“ für auf dem Boden des Landes lebende Migrant/inn/en einleiteten – eine Ankündigung aus dem Plaat vom September wurde im November 2014 bestätigt und konkretisiert. (Der in den französischsprachigen amtlichen Dokumenten benutzte Begriff war jener der régularisation, der auch in Frankreich benutzt wird, um eine Maßnahme zu beschreiben, durch welche bisherige sans papiers oder „undokumentierte Einwanderer“ Aufenthaltstitel erhalten.) Diese Entscheidung trug der Maßnahme Rechnung, dass Zehntausende Migrantinnen und Migranten – die Anzahl der als Sans papiers für längere Zeit in Marokko lebenden Menschen wurde auf 30 000 geschätzt – faktisch in dem nordafrikanischen Land seit Jahren ihren Lebensmittelpunkt gefunden hatten, dort arbeiteten, sich ärztlich behandeln ließen und ihre Kinder zur Schule brachten. Auch die marokkanischen Gewerkschaften, jedenfalls manche unter ihnen (die gewerkschaftliche Landschaft in diesem Maghrebstaat ist extrem zersplittert), hatten begonnen, sich dieser oft als Lohnabhängige beschäftigten Menschen anzunehmen. Die ODT (Organisation démocratique du travail), ein seit 2006 bestehende und relativ progressive Gewerkschaft, verfügt seit dem 1. Juli 2012 über eine eigene Migrantengewerkschaft, die überwiegend aus Subsahariens besteht. (*Vgl. ein Interview dazu mit einem Leitungsmitglied der ODT, vom Autor dieser Zeilen im Sommer 2012 geführt, unter: labournet.de/internationales/ma/interview_allali.pdf*) Seitdem führte diese marokkanischen Gewerkschaft mehrfach 1. Mai-Demonstrationen mit eigenständigen Blöcken für migrantische Arbeiter/innen durch, auch im Jahr 2015.

In den ersten Monaten nach Beginn der „Operation“ wurde dabei der Aufenthalt 6000 Menschen „legalisiert“. Insgesamt wurden während der rund anderthalbjährigen Dauer dieser Politik rund 14000 Aufenthaltstitel vergeben. Dies betraf überwiegend „subsaharische“ Afrikaner/innen, doch bezog der Palast zugleich auch sich illegal in Marokko aufhaltende Europäer/innen in die Maßnahme mit ein. Vor allem aus dem Süden des Krisenstaats Spanien waren in den letzten Jahren nicht wenige Menschen nach Nordmarokko ausgewandert, um dort ihr Glück zu versuchen, etwa um als Künstler/innen mit Auftritten vor Tourist/inn/en und wohlhabenden einheimischen Familien ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Diese Migranten anderen Typs dachten in der Regel nicht daran, Aufenthaltstitel für sich zu beantragen, waren aber juristisch betrachtet ebenso „Illegale“ wie Menschen aus den Ländern des Südens.

Doch diese ganze Politik stand von Anfang an im Zeichen einer erheblichen Ambivalenz. Denn einerseits bedeutete sie eine erhebliche Erleichterung für Menschen, die oftmals seit Jahren in Marokko lebten und dort regelmäßig auch arbeiteten – etwa, nachdem sie auf längere Sicht hin in dem Maghrebstaat festsaßen, obwohl ihr ursprüngliches Reiseziel eher Europa gewesen war. Zugleich begleitete die EU – die im Allgemeinen einen erheblichen Druck auf Marokko ausübt, um es zur Erreichung eigener migrationspolitischer Vorgaben zu bewegen – diese Politik von Anfang an, doch mit der Zielsetzung verbunden, dadurch umso besser der Ein- oder Weiterreise in Richtung Europa einen Riegel vorschieben zu könne, indem eben den Menschen „unterwegs“ eine alternative Perspektive geboten würde. Am 25. September 2013 reiste so etwa der Generaldirektor der EU für Innere Angelegenheiten, Stefano Manservisi, nach Rabat. Er versprach eine tätige Unterstützung der EU für die Umsetzung der neuen Migrationspolitik in Marokko. Doch mit oder ohne Hilfe der EU scheint diese jedenfalls ein unterstelltes Ziel nicht erreicht zu haben, nämlich die Versuche einer Einreise auf EU-Territorium weitgehend zu unterbinden. Diese rissen nicht ab; Entweder, weil die von der „Legalisierung“ ihres Aufenthalts in Marokkos betroffenen Menschen nicht dieselben sind wie diejenigen, die um dieselbe Zeit an den Zäunen um Ceuta und Melilla rütteln oder über das Meer übersetzen zu versuchen – oder weil die Menschen die Zeit ihres Aufenthalts in Marokko nicht auf lebenslange Sicht ins Auge fassen.

Am 9. Februar 2015 beendete das marokkanische Regime seine bisherige „Legalisierungspolitik“, unvermittelt, jäh und brutal. Ihr Ende wurde durch eine Pressekonferenz von Innen-Staatssekretär Charki Draiss eingeläutet. Zwei Stunden später begannen Großrazzien in Migrantencamps und Festnahmeaktionen in den Wäldern um die Stadt Nador. 1200 bis 1250 Menschen wurden festgenommen und auf von der Grenze entfernte Städte, oft im Süden des Landes, verteilt. Zehn Tage später befanden sich noch immer 450 von ihnen in polizeilichem oder Abschiebegewahrsam. Für zehn Herkunftsländern wurden Versuche von Gruppenabschiebungen eingeleitet, nicht immer erfolgreich.

Seitdem ist der Druck an den Außengrenzen, die Marokko geographisch durchziehen, immens gewachsen. Auch syrische Bürgerkriegsflüchtlinge, die theoretisch problemlos auf EU-Gebiet einen Asyl- oder jedenfalls Bleiberechtsantrag stellen können, wurden unterdessen in jüngster Zeit in größerer Zahl an der Grenze bei Melilla – illegal – blockiert. In den ersten Jahresmonaten 2015 registrierten die spanischen Behörden dort täglich durchschnittlich etwa fünfzig einreisende Syrer, doch ihre Zahl wurde ab Mai des Jahres erheblich reduziert, ohne dass die Zahl der Geflüchteten zurückgegangen wäre. Seitdem sind die syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge dort einem Geschäftstreiben ausgesetzt, das sie dazu zwingt, Gelder an „Vermittler“ auf marokkanischer Seite (die mutmaßlich mit spanischen Akteuren unter einer Decke stecken) zu zahlen, um überhaupt bis zum offiziellen Grenzübergang vordringen zu können. So werden sie zunehmend zum Spielball mafiöser Interessen.

Bernard Schmid, Paris ■

CSU bekommt Transitzonen kassiert Familiennachzug

Die Union hat sich auf eine Flüchtlingspolitik geeinigt. Sie sieht die Einrichtung von Transitzonen und die Streichung des Familiennachzugs vor. Nur beim Thema Flüchtlings-Obergrenze konnte sich die CSU nicht durchsetzen. Nach wochenlangem Streit haben sich CDU und CSU auf gemeinsame Positionen in der Flüchtlingspolitik geeinigt. Am Sonntag legten die Schwesterparteien ein Papier vor, das unter anderem die Einrichtung von grenznahen Transitzonen für schnelle Asylverfahren vorsieht. Die von CSU-Chef Horst Seehofer geforderte Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen findet sich in dem Papier nicht.

Dafür kommt die CDU den Christsozialen beim Thema Familiennachzug entgegen. Das Nachholen von Angehörigen soll für Bürgerkriegsflüchtlinge für zwei Jahre ausgesetzt werden, fordern die Parteien in dem Papier. Bislang hatte das CDU-geführte Bundesinnenministerium es abgelehnt, den Nachzug zu stoppen.

Zentrale Ziele der Unionsparteien seien, dass die Zuwanderung gesteuert wird und Fluchtursachen bekämpft werden, heißt es in dem Papier. Gleichzeitig müsse Deutschland Menschen in Not helfen und die Integration Schutzbedürftiger sichern. CDU und CSU wollen sich künftig alle 14 Tage treffen, um die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen zu prüfen.

Es ist damit zu rechnen, dass das Positionspapier auf den Widerstand des Koalitionspartners SPD stoßen wird. Die Sozialdemokraten lehnen Transitzonen an den Grenzen klar ab und schlagen stattdessen gleichmäßig verteilte Einreisezentren in den Bundesländern vor. Auch eine Begrenzung des Familiennachzugs hält die SPD für falsch.

Ein Treffen der Parteichefs Angela Merkel (CDU), Horst Seehofer (CSU) und Sigmar Gabriel (SPD), bei dem es unter anderem um das Thema Transitzonen ging, war am Sonntagvormittag ohne greifbares Ergebnis geblieben. Die Koalitionsspitzen wollen sich am Donnerstag erneut zusammensetzen. (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de 02.11.2015 ■

Zentralisierung und Entrechtung verschärfen die Situation weiter

Flüchtlingsrat Niedersachsen zum Asylpaket 2

Aus Anlass des heutigen Gipfeltreffens der Großen Koalition appelliert der Flüchtlingsrat Niedersachsen an Bund und Länder, die Flüchtlingsaufnahme zu entbürokratisieren und Flüchtlinge dabei zu unterstützen, sich selbst zu helfen. „Die Aufnahme und Versorgung von 800 000 Flüchtlingen mit einer Unterkunft ist eine bemerkenswerte Leistung Deutschlands“, erklärt hierzu die Vorsitzende des Flüchtlingsrats Niedersachsen, Claire Deery. „Aber es macht keinen Sinn, Flüchtlinge in Notunterkünften unterzubringen, die bei Freund_innen oder Verwandten unterkommen und sich selbst helfen können. Das Aufnahme- und Unterbringungssystem bedarf dringend einer Flexibilisierung.“

Täglich erhält der Flüchtlingsrat Niedersachsen Anfragen von Bürger_innen und Angehörigen, die Wohnraum anbieten. Im Bereich der Erstaufnahme scheitern diese Initiativen zur Zeit vielfach am Problem der stark verzögerten Erstregistrierung sowie an behördlichen Verteilungsentscheidungen, die eine Selbsthilfe verhindern. Statt weiter auf eine Zentralisierung der Aufnahme zu setzen, sollte eine Dezentralisierung erfolgen: Eine Erstregistrierung kann auch auf kommunaler Ebene organisiert werden. Bereits seit mehreren Wochen erfüllen die niedersächsischen Kommunen in Amtshilfe Funktionen der Erstaufnahme.

Die jetzt vorgeschlagenen Transit- oder Einreisezentren gehen an dem Problem der verzögerten Erstregistrierung völlig vorbei, verschärfen die Situation eher: Schnellverfahren in den Transitzonen ohne hinreichende Beratung gefährden die notwendige Sorgfalt bei der Asylanhörung. Neue Registrierungszentren werden zu einem weiteren Nadelöhr, vor dem sich lange Schlangen bilden. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen sieht die Gefahr der strukturellen Entrechtung sowie der Erhöhung der Anzahl der vom BAMF nicht-registrierten Flüchtlinge, denen ein Zugang zu einem fairen und menschenwürdigen Asylverfahren für lange Zeiträume verwehrt wird. Zielführender wäre eine (vorübergehende) Erstregistrierung in den Kommunen, wie sie bereits seit einigen Wochen in niedersächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten praktiziert wird.

Für inakzeptabel hält der Flüchtlingsrat Niedersachsen den Vorschlag der Union, den Familiennachzug für subsidiär geschützte Flüchtlinge für zwei Jahre auszusetzen. Stattdessen sollten humanitäre Aufnahmeprogramme verlängert werden, um eine legale Einreise zu ermöglichen und das Leid auf dem Fluchtweg sowie Tote an den Grenzen zu vermeiden. Erst im August dieses Jahres hat die Bundesregierung den Anspruch dieses Personenkreises auf Familiennachzug vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des EGMR und in Anerkennung des verfassungsrechtlichen Schutzes der Familie in Art. 6 GG erweitert und gestärkt. Wie kurzsichtig ist eine Politik, deren Beschlüsse nicht einmal drei Monate Bestand haben? Ebenso hilflos und fragwürdig mutet der Vorschlag an, Flüchtlingen die Kosten für Integrations- und Sprachkursen von ihren staatlichen Leistungen abzuziehen.

Statt sich neue Schikanen gegen Asylsuchende auszudenken, sollte die Bundesregierung endlich dafür sorgen, dass das BAMF seine Aufgabe erledigt, zeitnah über Asylanträge zu entscheiden. Viele der Forderungen täuschen neue Ideen oder Handlungsmöglichkeiten vor, helfen aber in der Sache nicht weiter. So gibt es bereits den von der CSU geforderten „Flüchtlingsausweis“ in Form der Aufenthaltsgestattung. Neue Bescheinigungen sowie zusätzliche Verwaltungsaufgaben (wie z.B. die Prüfung von „Aufenthaltsverboten“) belasten die ohnehin überforderte Behörde durch zusätzlichen organisatorischen Aufwand. Die Asylbehörde sollte sich stattdessen auf die Wahrnehmung seiner Kernaufgaben konzentrieren. Beamte aus Landes- und Bundesbehörden sollten befristet abgeordnet werden, um den Stau unerledigter Asylanträge abzuarbeiten und eine schnelle Asylentscheidung zu ermöglichen.

Quelle: Presseerklärung Flüchtlingsrat Niedersachsen 05.11.2015 ■

Sitzblockade gegen Abschiebung

SCHNEVERDINGEN. Am 29.10.2015 versuchten um 4.15 Uhr Polizeibeamte in Schneverdingen (Kreis Fallingbostel) eine Abschiebung nach dem Dublin 3 Verfahren in das Ersteinreiseland Italien durchzuführen. Etwa 60 Menschen versperrten durch ihre Anwesenheit den Eingang des Wohngebäudes und setzten damit ein politisches Statement gegen die bestehende Asylpolitik.

Quelle: https://vimeo.com/144037768 ■

Härtefallanträge werden eingeschränkt

Die niedersächsische Landesregierung will zukünftig keine Härtefallanträge mehr für Flüchtlinge zulassen, die sich weniger als 18 Monate im Bundesgebiet aufhalten. Der neue Nichtannahmegrund soll mit einem Sonderprüfungsrecht für die Vorsitzende der Kommission verbunden werden, die unter engen Voraussetzungen Ausnahmen zulassen kann.

Der Flüchtlingsrat hält den Vorschlag, zu dem die Verbände angehört werden sollen, für kritikwürdig. Zu Beginn der Legislaturperiode haben wir erfolgreich darum gekämpft, formale Ausschlussgründe möglichst zu vermeiden. Es liegt in der Natur einer Einzelfallprüfung, dass es darum geht, atypischen Sonderfällen gerecht zu werden. Zu denken wäre hier z.B. an Flüchtlinge, die bereits in der Vergangenheit lange in Niedersachsen gelebt

haben und dennoch abgeschoben wurden, aber faktisch hier zu Hause sind. Offenkundig kommt die humanitäre Orientierung der Flüchtlingspolitik in Niedersachsen immer stärker unter die (Abschiebungs-)Räder.

Quelle: Presssemitteilung Flüchtlingsrat Niedersachsen 27.10.2015 ■

Warme Worte machen Flüchtlingspolitik nicht winterfest

„Diskussionen über menschenunwürdige Abschottungsmaßnahmen, Transitzonen und Asyl-Obergrenzen sind angesichts des bevorstehenden Winters reinste Zeitverschwendung und obendrein höchst verantwortungslos gegenüber den Flüchtlingen. Viele Tausende Schutzsuchende frieren vor den Außenstellen des BAMF, an Grenzübergängen und in völlig unzureichend ausgestatteten Erstaufnahmeeinrichtungen. Das sind die Probleme, die dringend einer Lösung bedürfen“, äußert sich die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zu dem am Wochenende anstehenden Gipfel der Parteispitzen von CDU, CSU und SPD zur Flüchtlingspolitik. Jelpke weiter:

„Solange es in ihren Herkunftsländern weder eine Lebensgrundlage noch eine Perspektive für die Flüchtlinge gibt, werden sie sich weiterhin auf die Flucht nach Europa begeben. Die einzig menschenwürdige Möglichkeit, auf diese Migrationsbewegung einzuwirken, ist die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Ländern. Solange wir das nicht angehen, dürfen wir nicht einfach dicht machen und die schutzbedürftigen Menschen vor unseren Grenzen sich selbst überlassen. Wir haben Verpflichtung, sie aufzunehmen und angemessen zu versorgen. Über Mittel und Wege, dies sicherzustellen, müssen sich die Regierungsparteien am Wochenende einig werden.“

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 30.10.2015 ■

Asylrechtsreform: Die Fehler der Vergangenheit

Die Bemühungen auf die hohen Flüchtlingszahlen mit Verschärfungen beim Asylrecht zu reagieren, sind in vollem Gang.

Die Bundesregierung setze eine Politik fort, die in erster Linie auf Abschreckung und Abschottung basiere, klagte der Vorsitzende des Rates für Migration, Werner Schiffauer von der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).

Der Rat plädiert dafür, die Asylpolitik grundsätzlich zu revidieren. In einem Zehn-Punkte-Programm fordert der Rat für Migration unter anderem eine Aussetzung des Dublin-Systems. Es sei jetzt ein historischer Zeitpunkt, die ganze Asylpolitik neu auszurichten, sagte Schiffauer. „Auch die Zivilgesellschaft ist dazu bereit, wie nie zuvor.“ Der DGB erklärte, er sei „überzeugt“, dass Deutschland die Herausforderungen der Flüchtlingsaufnahme bewältigen kann. Der Gesetzentwurf jedoch ziele „auf die Einschränkung der Schutzgewährung und behindert die Eingliederung von Flüchtlingen durch Ausschluss bestimmter Gruppen.“ Für die Durchführung der Asylverfahren und für eine erfolgreiche Integration brauche es auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ausreichend Personal. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen finanziellen Mittel reichen aus Sicht des DGB dafür bei Weitem nicht aus. Der DGB lehnt die Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsländer ab und fordert, die Gründe für eine Schutzsuche auch künftig individuell zu prüfen.

Quelle: Publikation „Forum Migration November 2015“ 01.11.2015 ■

Erschreckende Drangsalierung bei Asylrechtsverschärfungen

„Die schnelle Taktung, mit der Asylrechtsverschärfungen derzeit beschlossen werden, ist erschreckend“, äußert sich Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zu den Beschlüssen des gestrigen Koalitionsgipfels zur Flüchtlingspolitik. Jelpke weiter:

„Die sogenannten Registrierungszentren hätten auch gleich Abschiebungsbeschleunigungszentren genannt werden können, denn genau dazu sollen sie dienen. Es ist jämmerlich, wie schnell die Sozialdemokraten umgeknickt sind und sich nun mit einer euphemistischen Schönschreibung dieser Sonderlager zufriedengeben. Darin werden nicht nur Flüchtlingen aus den sogenannten sicheren Herkunftsstaaten bis zur Abschiebung festgehalten, sondern dort werden auch noch andere unliebsame Flüchtlinge landen, zum Beispiel solche mit angeblich ‚fehlender Mitwirkungsbereitschaft‘. Und diese kann bereits vorliegen, wenn Schutzsuchende keine gültigen Papiere vorweisen können. Die Bundesregierung will sich hier ein Einfallstor zur massenhaften Abschiebung schaffen.

Und das ist nicht die einzige geplante Schweinerei: Die Aussetzung des Familiennachzuges nimmt gerade Frauen und Kindern den zumeist einzigen Weg einer sicheren und legalen Einreise und schickt sie auf die lebensgefährliche Reise über das Mittelmeer. Die Entscheidung, mehr Flüchtlinge nach Afghanistan abzuschieben, ignoriert die Tatsache, dass es dort an dem erforderlichen Mindestmaß an Sicherheit und Stabilität fehlt, man schickt die Menschen direkt in ihr Verderben.

Statt dieser unmenschlichen Abschottungspolitik und der immer schärferen Drangsalierung von Flüchtlingen muss endlich investiert werden: In die Flüchtlingshilfe und die wirksame Bekämpfung von Fluchtursachen vor Ort und in eine angemessenen Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge hierzulande.“

Ulla Jelpke, MdB ■

Gewalt gegen Flüchtlinge muss dringend Einhalt geboten werden

„Die rechte Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge und ihre Unterstützer eskaliert immer mehr. Brandanschläge und gewalttätige Angriffe auf Schutzsuchende folgen den rassistischen Parolen von Pegida, AfD und Co. Statt dem Versuch entschlossen entgegenzutreten, in Deutschland ein Klima der Angst und der Entrechtung von Flüchtlingen zu schaffen, stößt die Union mit ihrer Forderung nach Internierungslagern an den Grenzen ins gleiche Horn“, äußert sich Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zu den jüngsten Anschlägen auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte in Wismar, Magdeburg, Freital, Spremberg und bei Hannover. Jelpke weiter:

„Wenn ein bewaffneter Mob von bis zu 30 rechten Gewalttätern auf einzelne, wehrlose Flüchtlinge losgeht, wenn Brandsätze Leib und Leben von Schutzsuchenden in ihren Unterkünften gefährden, in denen sich die Flüchtlinge endlich in Sicherheit wähnen, sind das schon beinahe pogromartige Zustände. Wenn rassistische Provokateure, wie der AfD-Landesvorsitzende von NRW, Marcus Pretzell, dazu aufrufen, Flüchtlinge auch mit Schusswaffen, Tränengas und Wasserwerfern zu stoppen, dann ist das genau die Saat des Hasses und der Gewalt, die in den Übergriffen auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte aufgeht. Deswegen müssen Strategien gegen rechte Gewalt unbedingt auch die Aufwiegler im Auge haben, die in rassistischen Bündnissen des Typs Pegida den Ton angeben.“

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 02.11.2015 ■

Laut BKA sind in diesem Jahr bereits 104 Gewalttaten gegen Asylheime registriert worden, darunter 53 Brandstiftungen (im ganzen Jahr 2014: 28) Die Anzahl der Straftaten gegen Flüchtigenunterkünfte – wozu auch Volksverhetzung etc. zählen – betrage mit 637 mehr als dreimal so viel wie im vergangenen Jahr Allein im dritten Quartal 2015 seien es 303 Straftaten gewesen; aus junge welt 6.11.2015)

Polizei muss Flüchtlinge mit Großaufgebot schützen

Ein Großaufgebot der Polizei musste am Sonntag im sächsischen Freiberg anrücken, um 700 Flüchtlinge vor 400 Asylfeinden zu schützen. Lediglich acht Strafanzeigen nahm die Polizei auf.

Im sächsischen Freiberg hat ein Großaufgebot der Polizei etwa 700 Flüchtlinge vor rund 400 Asylfeinden schützen müssen. Die rechten Demonstranten bewarfen am Sonntagabend einen Konvoi aus 13 mit Flüchtlingen besetzten Bussen sowie Fahrzeugen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und der Polizei, wie die Polizeidirektion Chemnitz am Montag mitteilte. Dabei wurde ein Polizeifahrzeug beschädigt. Drei Beamte wurden bei den Krawallen im Verlauf des Abends verletzt.

Die Asylfeinde hatten sich Sonntagabend am Bahnhof versammelt, wo ein Zug mit Flüchtlingen angekommen war. Mit mehreren Blockaden versuchten sie, die Abfahrt der Busse zu verhindern. Die Polizei musste die Blockaden räumen und dafür in einem Fall auch Pfefferspray und einen Schlagstock benutzen. Etwa 200 Beamte waren im Einsatz.

Weil sie Angriffe auf die Flüchtlinge befürchteten, begleitete die Polizei die Busse aus Freiberg hinaus. Dabei wurde der Konvoi angegriffen. Nachdem die Mehrzahl der Fahrzeuge den Bahnhof verlassen hatte, löste sich die Demonstration auf. Die Polizei nahm acht Strafanzeigen auf. Unter anderem hatte eine Person einen Schlaghandschuh getragen. Medienberichten zufolge wurden die Flüchtlinge in Asylunterkünfte nach Leipzig und Dresden gebracht.

Quelle: http://www.migazin.de
27.10.2015 ■

Abschiebung in sichere Herkunftsstaaten

SCHWERIN – Der Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern hat die heutige Abschiebung von 140 Personen von Hamburg aus nach Serbien und Albanien kritisiert. Mit dieser Aktion sollte offenbar ein neues Zeichen der Abschreckung gesetzt werden. Asyl ist und bleibe dennoch ein Menschenrecht, so der Landesflüchtlingsrat. Und es bedürfe immer noch einer individuellen Prüfung der Asylgründe.

Besonders auffällig sei weiter, dass die Ziele der abgeschobenen Menschen zwei der sogenannten sicheren Herkunftsländer waren – Serbien und Albanien. Dennoch seien diese angeblich sicheren Herkunftsländer keineswegs so sicher wie es die offizielle gesetzliche Bezeichnung behauptet. Stattdessen gibt es nicht zuletzt in den gerade erst kürzlich als sichere Herkunftsstaaten eingestuften Ländern Kosovo, Albanien und Montenegro durchaus unsichere Verhältnisse, die die Menschen zur Flucht veranlassen. Es sei immer fragwürdig, solche Entscheidungen auf der Grundlage von Länder-Klassifizierungen zu treffen, denn in diesen Ländern seien keineswegs alle Menschen gleich sicher.

In diesem Zusammenhang wies der Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern auch die Aussage von Innenminister Lorenz Caffier zurück, wonach derjenige das Asylrecht gefährde, der nicht zu Rückführungsmaßnahmen stehe. Das Asylrecht gefährde statt dessen derjenige, der solche grundsätzlichen Klassifizierungen von Herkunftsländern vornehme. Vielmehr widersprechen gerade derartige Etikettierungen dem Grundgedanken des Asyls, Schutz zu bieten.

Quelle: www.fluechtlingsrat-mv.de
28.10.2015 ■

Mit der Türkei wird es keine humanitäre Flüchtlingspolitik geben

„Die EU ist offensichtlich bereit, die massiven Probleme und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei zu ignorieren, um schutzsuchende Flüchtlinge von Europa fernzuhalten. Mit Erdogan als Verhandlungspartner wird es keine humanitäre europäische Flüchtlingspolitik geben, sondern nur eine neue Dimension der Abschottung von Schutzsuchenden“, äußert sich Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zu den Bestrebungen der EU, die Türkei für eine gemeinsame Linie in der Flüchtlingspolitik zu gewinnen. Jelpke weiter:

„Die Türkei ist kein sicherer Herkunfts- oder Drittstaat, sondern ein Verfolgerstaat. Die Politik des Erdogan-Regimes basiert auf der Einschüchterung und Unterdrückung von Kritikern und Oppositionellen. Der unter faktischen Bürgerkriegsbedingungen zustande gekommene Wahlerfolg der Regierungspartei AKP wird diese Linie noch einmal verschärfen. Bereits einen Tag nach den Parlamentswahlen wurden erneut kritische Journalisten verhaftet und eine Ausgabe der Zeitschrift Nokta wegen Kritik an Erdogan verboten. Zugleich gehen Armee und Polizei in den kurdischen Städten Yüksekova und Silvan bewaffnet gegen die Zivilbevölkerung vor.

Es gibt in der Türkei weder für religiöse Minderheiten noch für Flüchtlinge ein funktionierendes Schutzsystem. Viele Flüchtlinge, zum Beispiel aus Afghanistan und dem Irak, haben dort nicht einmal einen offiziellen Schutzstatus nach nationalem Recht. Politische Verfolgung ist in der Türkei an der Tagesordnung – nicht umsonst lag 2014 die EU-Schutzquote für türkische Flüchtlinge bei 23 Prozent. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stellte im vorigen Jahr 94 Verstöße gegen Menschenrechte in der Türkei fest. Zumindest solange die Türkei die Genfer Flüchtlingskonvention nicht vorbehaltslos ratifiziert, darf es keine migrationspolitisch motivierten Zugeständnisse seitens der EU geben.“

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de
03.11.2015■

Neue Gutachten: Wurde Oury Jalloh in Polizeigewahrsam ermordet ?

Die Zweifel an der Selbstmordthese der Polizei werden im Fall Oury Jalloh zunehmend größer. Wie aktuelle Gutachten zeigen, ist Fremdbeteiligung wahrscheinlicher als Selbstmord.

Drei neue Gutachten stützen nach Auffassung der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh die Hypothese, dass Dritte an dem Tod des Flüchtlings aus Sierra Leone beteiligt waren. Demnach sei es „eher wahrscheinlich“, dass Jalloh das Feuer in seiner Gefängniszelle vor gut zehn Jahren nicht selbst gelegt habe, sagte Thomas Ndindah von der Initiative am Dienstag in Berlin. Die Initiative hatte die Gutachten für rund 20 000 Euro bei Brandsachverständigen und einem Toxikologen aus London sowie einem Gerichtsmediziner aus Kanada in Auftrag gegeben.

Jalloh war am 7. Januar 2005 bei einem Brand in einer Gewahrsamszelle im sachsen-anhaltischen Dessau mit knapp drei Promille Alkohol im Blut und an eine Liege gefesselt ums Leben gekommen. Nach Darstellung der Polizei soll der damals 22-Jährige die Matratze mit einem Feuerzeug selbst entzündet haben.

Die Gedenk-Initiative wirft Ermittlern und Justiz indes vor, die Ermittlungen zu behindern und Beweismittel zurückzuhalten. Ndindah sagte, die Ermittler seien von Beginn an von der Hypothese ausgegangen, Jalloh habe sich selbst angezündet. Anträge und Anfragen würden „nur sehr zögerlich, unvollständig oder gar nicht beantwortet“.

Der Brandsachverständige Iain Peck erklärte, es sei seiner Meinung nach wahrscheinlicher, „dass eine dritte Person das Feuer entzündet hat“. Dies könne durch Zerstörung und Entzündung der Matratze oder durch den Einsatz von Brandbeschleunigern geschehen sein.

Sein Gutachten deute darauf hin, dass ein Feuerzeug zur Zeit des Vorfalls „eher nicht in der Zelle gewesen sein kann“, sagte Peck. An Matratze und Leiche hätten sich keine geschmolzenen Plastikpartikel gefunden. Wie die anderen Sachverständigen stützte Peck seine Untersuchung auf Akten, Fotos und Videos vom Tatort. Den Zellentrakt durfte er nicht besichtigen.

Peck ergänzte, es sei durchaus möglich gewesen, dass zur Entzündung des Feuers Brandbeschleuniger verwendet wurden. Dass die Ermittler in der Zelle keine entsprechenden Rückstände gefunden hätten, sei kein Beweis dafür, dass es sie nicht gegeben habe. Aufgrund der langen Branddauer und der Heftigkeit des Feuers sei es vielmehr denkbar, dass die Rückstände vollständig verbrannt seien, sagte Peck. Auch Gerichtsmediziner Alfredo Walker schätzte den Einsatz von Brandbeschleunigern als möglich ein.

Peck erklärte, um die feuerfeste Matratze in der Zelle zu entzünden, hätte Jalloh ein sechs bis acht Zentimeter großes Loch in den Schaumstoff bohren müssen. „Es scheint doch sehr unwahrscheinlich, dass Herr Jalloh einen solch großen Schaden verursacht haben soll, wenn seine Hände fixiert waren und die wachhabenden Beamten ihn alle 30 Minuten überprüft haben“, sagte der Sachverständige. Außerdem monierte Peck das lückenhafte Material, das ihm für die Untersuchung zur Verfügung gestellt worden sei.

Nadine Saeed von der Gedenk-Initiative ergänzte, es habe bei den Ermittlungen viele Dinge gegeben, „die eigentlich Standard wären und hier nicht eingehalten wurden“. So fehlten von der Obduktion Bilder von Jallohs Atemwegen; statt der Luftröhre habe man der Initiative Bilder von Jallohs Speiseröhre zukommen lassen, sagte Saeed. Den Behörden zufolge starb Jalloh an einem Inhalationshitzeschock.

Der Fall Jalloh ist seit Jahren Gegenstand von Strafprozessen. 2014 bestätigte der Bundesgerichtshof in letzter Instanz die Verurteilung eines ehemaligen Dienstgruppenleiters der Polizei wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe von 10.800 Euro. Die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau prüft seit Anfang 2014 auf Antrag der Initiative, ob es weitere Ermittlungsansätze zum Grund für den Ausbruch des Feuers gibt.

Quelle: http://www.migazin.de 28.10.2015 /fall-oury-jalloh-gedenk-initiative ■

Kundgebung gegen Abschiebungen nach Afghanistan

Die „Jugendkulturorganisation Hannover“, eine Organisation afghanischer Jugendlicher, ruft angesichts der Pläne Abschiebungen nach Afghanistan regelmäßig wieder duchzuführen und dafür ein Abkommen mit der afghanischen Regierung zu schließen für Freitag, 13.11. zu einer Kundgebung in Hannover auf.

Die Bundesregierung will Flüchtlinge aus Afghanistan abschieben. Diese Absichtserklärung drang im Vorfeld der sonntäglichen Konferenz der Staats- und Regierungschefs aus den Staaten entlang der sogenannten Balkanroute nach außen. Was die Bundesregierung hier plant, steht in massivem Gegensatz zur Situation in Afghanistan, die instabiler ist als je in den letzten Jahren.Die Situation im Land ist heute weitaus schlimmer als während der NATO-Einsäte. Und noch schlimmer als in den letzten 13 Jahre.

Der Konflikt hat in diesem Jahr mehr Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert als in den Vorjahren, berichtet die UN-Afghanistan-Mission. Zwischen Januar und Juni sind demnach 1592 Zivilisten getötet und 3329 weitere verletzt worden.

Die Eroberung und mehrtägige Besetzung von Kundus ist ein Wendepunkt für Afghanistan, galten doch die größeren Städte den modernen Eliten trotz regelmäßiger Bombenanschläge noch immer als relativ sicher vor dem Zugriff der Taliban. Damit ist es vorbei. Offenbar nicht für die Bundesregierung, die verstärkt abschieben will.

Die Haltung der Bundesregierung kann man als Weltfremdheit mit Vorsatz bezeichnen. Von den geplanten Abschiebungen könnten 7000 afghanische Schutzsuchende betroffen sein. Viele von Ihnen sind in Deutschland nur geduldet, weil die Rechtsprechungspraxis insbesondere die Abschiebung alleinstehender junger Männer für möglich hält – mit dem Tenor, diese hätten im relativ sicheren Kabul die Möglichkeit, sich als Tagelöhner über Wasser zu halten.

Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Wir Fordern eine faire Asylpolitik!

Wir fordern mindestens subsidiären Schutz für die afghanischen Flüchtlinge!

Jugendkulturorganisation Hannover
Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 04.11.2015 ■

Bundesländer skeptisch bei Sachleistungen

Die meisten Bundesländer halten sich mit der Einführung von Sachleistungen in den Erstaufnahme-Einrichtungen für Flüchtlinge zurück. Nach einer am Mittwoch veröffentlichten Umfrage des RBB unter den zuständigen Länderministerien wollen Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bremen und Schleswig-Holstein das Taschengeld für Asylbewerber weiterhin in bar auszahlen. Acht Länder prüfen demnach die Einführung von Sachleistungen noch. Sprecher der Ministerien hätten sich wegen des enormen Verwaltungsaufwands jedoch meist ebenfalls skeptisch geäußert.

Die meisten Bundesländer halten sich mit der Einführung von Sachleistungen in den Erstaufnahme-Einrichtungen für Flüchtlinge zurück. Nach einer am Mittwoch veröffentlichten Umfrage des RBB unter den zuständigen Länderministerien wollen Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bremen und Schleswig-Holstein das Taschengeld für Asylbewerber weiterhin in bar auszahlen. Acht Länder prüfen demnach die Einführung von Sachleistungen noch. Sprecher der Ministerien hätten sich wegen des enormen Verwaltungsaufwands jedoch meist ebenfalls skeptisch geäußert.

Definitiv einführen wolle die Sachleistungen anstelle von Taschengeld bislang lediglich Bayern, hieß es weiter. Die Regelung soll aber zunächst nur in zwei Erstaufnahme-Einrichtungen für Asylbewerber aus den Balkan-Ländern gelten.

Nach der neuen Asylgesetzgebung sollen die Länder Flüchtlingen neben Unterkunft und Verpflegung auch das Taschengeld von monatlich 143 Euro grundsätzlich als Sachleistung gewähren. Busfahrkarten, Telefonkarten oder Zigaretten könnten dann direkt oder in Form von Einkaufsgutscheinen ausgegeben werden. Eine Klausel im Gesetz erlaubt aber auch weiterhin die Barauszahlung.

Befürworter des Sachleistungs-Prinzips argumentieren, die 143 Euro Taschengeld im Monat würden Menschen nach Deutschland locken. Gegner der Sachleistungen sehen in ihnen eine Bevormundung.

Quelle: http://www.migazin.de 29.10.2015■

Flüchtlingskatastrophe in Europa

Angesichts der Flüchtlingskatastrophe in Europa fordert PRO ASYL ein sofortigen Handeln aller EU-Staaten und der USA. Im reichen Europa sind Schutzsuchende vor dem Winter obdachlos, medizinisch unversorgt und ohne Perspektive, Aufnahme und Schutz zu finden. Die Industriestaaten schauen der Katastrophe tatenlos zu. PRO ASYL fordert Frankreich, Großbritannien, aber auch die USA und andere auf, den Flüchtlingen auf der Balkanroute Aufnahmeplätze anzubieten.

PRO ASYL-Geschäftsführer Günter Burkhardt warnt vor den dramatischen Folgen eines Europas der Zäune. Noch mehr Tod und Elend werden die Folge sein. Das Lamentieren über die Zahl der Fliehenden und absurde Forderungen nach Obergrenzen sind Teil des Problems und nicht der Lösung. Direkte Hilfe ist das Gebot der Stunde. „Eine Politik nach dem Motto ‚Augen zu, Grenzen zu, Problem gelöst‘, wie sie der bayerische Ministerpräsident fordert, ist herzlos und nur mit menschenrechtswidrigen Methoden durchzusetzen“, sagte Burkhardt. Die Flüchtlinge aus Syrien, Irak und Afghanistan fliehen vor Terror und Krieg. Die Balkanstaaten und Griechenland sind nicht in der Lage, reguläre Asylverfahren in großer Zahl durchzuführen. Sie versagen aktuell selbst bei der akuten Nothilfe.

PRO ASYL hält das von der EU propagierte Konzept der „Hotspots“ angesichts von bislang 560 000 in diesem Jahr in Griechenland angekommenen Schutzsuchenden für realitätsfern. Es führt aktuell dazu, dass Tausende in Kälte und Nässe Schlange vor dem als „Hotspot“ bezeichneten Elendslager Moria auf Lesbos stehen. Nicht einmal eine rudimentäre staatlich organisierte Versorgung existiert dort.

Der zum Konzept der Hotspots gehörende Umverteilungsmechanismus wird in absehbarer Zeit nicht funktionieren. Nur ein geringer Teil der Ankommenden hat über diesen Weg überhaupt eine Chance auf Aufnahme in anderen EU-Staaten. Die Menschen werden so gezwungen, sich unter menschenunwürdigen Bedingungen weiter durch Europa durchzuschlagen.

Auch in diesen Wochen sterben in der Ägäis Flüchtlinge beim Versuch, Europa zu erreichen. PRO ASYL fordert die Wiederaufnahme der Syrien-Aufnahmeprogramme. Mitarbeiter des PRO ASYL-Projektes auf Lesbos betreuen Überlebende von Bootsunglücken. Viele von ihnen haben Angehörige in Deutschland. Vor allem Kinder sterben bei der gefährlichen Überfahrt. Bis 2014 gab es zumindest für einen Teil der Syrer mit Angehörigen in Deutschland noch die Möglichkeit, legal einzureisen. Die Beendigung des Aufnahmeprogrammes, die fehlende Möglichkeit so oder auf andere Weise Visa zu erhalten, verursacht die chaotischen Verhältnisse mit Todesfolge, die die Politik dann beklagt.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 29.10.2015■

Ehemaliges DGB-Haus in Göttingen besetzt

Am heutigen Mittag haben wir das seit 2009 leerstehende Haus in der Oberen Maschstraße 10 in Göttingen besetzt. Angesichts des akuten Mangels an bezahlbarem Wohnraum, der unhaltbaren Zustände im Erstaufnahmelager in Friedland und geplanten Massenunterbringungen von Geflüchteten in Turnhallen, ist der jahrelange Leerstand des Gebäudes weder zu rechtfertigen noch weiter hinzunehmen.

In Friedland, das für 700 Personen ausgelegt ist, sind derzeit über 3500 Menschen untergebracht und in der Göttinger Voigtschule müssen sich aktuell sieben Personen ein Zimmer teilen.

Wir – Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Spektren – öffnen mit der Besetzung einen Raum für solidarisches Leben und Wohnen für Flüchtlinge und andere Menschen.

Wir setzen der jahrelangen verfehlten Wohnungspolitik, die erheblich zu der Bestandsreduzierung von günstigem Wohnraum beigetragen hat, einen Kontrapunkt.

Wir stellen uns gegen eine weitere Militarisierung der Grenzen, gegen Zwangsinternierung in Lagern, gegen die beschlossenen weiteren Asylrechtsverschärfungen, gegen die angekündigten Abschiebungen in neu erklärte „sichere Herkunftsländer".

Die Slogans „Offene Grenzen", „sichere Fluchtkorridore" und „Bleiberecht für alle" haben für uns Gültigkeit, besonders angesichts der ungebrochenen Destabilisierungs- und Kriegspolitik, an der sich unsere Regierung aktiv beteiligt.

Wir erinnern den DGB daran, dass sie das Gebäude einst von der Jüdischen Gemeinde als auch vom Hitlerfaschismus verfolgte Organisation erhalten hat.

Wir erinnern den DGB an ihre eigenen Aufrufe in den letzten Monaten und Wochen von lokaler Ebene bis zum Bundesvorstand: „bessere Integration", „mehr konkrete Unterstützung", „Recht auf Respekt und gleiche Teilhabechancen", „kein Leerstand von Wohnraum". Wir fordern den DGB auf, ihre eigenen Aussagen ernst zu nehmen und umzusetzen.

Wir fordern:

– Bedingungsloses Nutzungsrecht für das Gebäude in der OM10
– Finanzielle Unterstützung der Instandsetzungsmaßnahmen und Übernahme der Betriebskosten durch Kommune bzw. Eigentümer
– Keine Räumung und keine Kriminalisierung der Aktivist_innen
– Sofortige Nutzbarmachung leerstehenden Wohnraums und Schaffung bezahlbarer menschenwürdiger Wohnungen, die dauerhaft in öffentlichem Besitz bleiben

Wir stellen uns an die Seite derjenigen Menschen, die sich hier in Stadt und Land für ein menschenwürdiges Ankommen engagieren. Lasst uns unsere Erfahrungen austauschen und bauen wir auf unsere Energie, Ideenvielfalt und eigenen Kräfte! Wir rufen alle Menschen dazu auf, vorbei zu kommen, dieses Projekt zu unterstützen und ähnliche Projekte in die Tat umzusetzen

Quelle: : http://omzehn.noblogs.org 06.11.2015

Geld für Flüchtlinge dann kommen die Nazis...

Mit einer ungewöhnlichen Idee hat der Gütersloher Zahnarzt für Aufsehen gesorgt und einen Shitstorm im Netz ausgelöst. Angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation haben er und seine Mitarbeiter sich Gedanken gemacht, wie sie sich engagieren können. Sie entschlossen sich, Geld für die Flüchtlinge zu sammeln. Mit Zustimmung der Patienten haben sie das gesammelte Altgold in Geld umgetauscht und einen stattlichen Betrag von 10 000 Euro an die Bürgerstiftung Gütersloh gespendet, die lokale Flüchtlingshilfe anbietet.

Ihre Freude über die gelungene Aktion teilten sie auf Facebook. Sie erhielten viel Zuspruch und Anerkennung. Doch die Aktion gefiel nicht jedem. Rechtsradikale wurden darauf aufmerksam und hinterließen eine Flut an Hasskommentaren auf den Facebook-Seiten der Praxis sowie auf dem Zahnarzt-Blog.

„Mir war klar, dass die Aktion nicht nur auf Wohlwollen stoßen würde", erklärt Zahnarzt Jochen Deppe. Überrascht sei er aber dann doch gewesen, wer sich „alles rechtsradikal zu Wort" gemeldet habe. „Erbärmlich ist dabei nicht nur die Orthografie, sondern auch die komplette Ferne zu unseren Werten und Mitmenschlichkeit", so der Arzt.

Und weil auf Facebook jeder unkontrolliert alles schreiben kann, mussten Deppe und seine Mitarbeiter selbst dafür sorgen, dass die Hassbotschaften gelöscht werden.…

Für Zahnarzt Deppe ist die Aufsicht über solche Kommentare selbstverständlich. Im Ergebnis mache es keinen Unterschied, ob jemand im Bus angepöbelt werde oder im Internet. Seit der Erfahrung mit den Hasskommentaren, gelten auf den Facebook-Seiten der Praxis und auf dem Blog Diskussionsregeln. Wer sich nicht an diese Netiquette hält, darf nicht mitdiskutieren. Hass und Beleidigungen haben dort keinen Platz. „Meiner Überzeugung als Arzt entspricht es, diesen Menschen, die zu uns fliehen, zu helfen. So, wie wir uns Hilfe wünschen würden, wenn wir in einer ähnlichen Situation wären."

Quelle: http://www.migazin.de 04.11.2015 ■

Der NSU in bester Gesellschaft. Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat.

„Dennoch ist das Sprechen vor Gericht für die Betroffenen ein wichtiger Akt, da sie, nach Jahren, im Gericht Opfer sein können und den Angeklagten gegenübertreten können. Aber genau in dem Moment des Sprechens und Handelns verlassen sie die Rolle des Opfers: Sie werden zu Handlungsträger_innen, die in der Funktion als Nebenkläger_innen im Prozessgeschehen aktiv wurden." (S. 149)

Mit diesen Worten umreißen Ayşe Güleç und Lee Hielscher in ihrem Text „Zwischen Hegemonialität und Multiplität des Erinnerns" die Rolle der Nebenkläger_innen im Münchner NSU-Prozess, aber auch die Chance, die sich für sie daraus ergibt. Die Angehörigen der Opfer und die Überlebenden der Bombenanschläge seien sich der engen Grenzen des juristischen Prozesses bewusst, viele nutzten jedoch „visuelle Praktiken und/ oder sprachliche Akte, um in dem durch eng gefasste Rituale und Routine bestimmten Verfahren sich und ihrer Perspektive mehr Raum zu verschaffen" (S. 149f). „Suchbewegungen einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem NSU", so lautet der Untertitel des Textes. Und auf genau eine solche Suche nimmt der Beitrag die Leser_innen mit. Ausgehend von einer domi-

→

nanz-gesellschaftlichen Ignoranz des (möglichen) rassistischen Hintergrunds der Ceska-Mordserie vor der Selbstenttarnung des NSU gehen die Autor_innen der Frage nach, wie es gelingen kann, im dominanten Diskurs um den NSU und seine Opfer auch marginalisierte Positionen hörbar und gehört werden zu lassen. Erinnerungspolitische Interventionen im lokalen Raum beziehen Güleç und Hielscher dabei ebenso wie das Auftreten vor Gericht. Beispielhaft wird dabei die Zeugenvernehmung İsmail Yozgats, des Vaters des 2006 in Kassel ermordeten Halit Yozgat, und sein Kampf um die Verlesung einer persönlichen Erklärung betrachtet. Somit wird die Aneignung von Zeug_innenschaft „Ausgangspunkt für eine Intervention in das hegemoniale Hören“ (s. 155) und somit zur Möglichkeit für „differente Handlungsmacht“ (S. 157).

Dieser Beitrag ist Teil des von Sebastian Friedrich, Regina Wamper und Jens Zimmermann herausgegebenen Sammelbandes „Der NSU in bester Gesellschaft. Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat“, der kürzlich in der Edition des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) im Unrast-Verlag erschienen ist. Der Band geht zurück auf eine Tagung des DISS im November 2014, wurde jedoch um zusätzliche Beiträge ergänzt.

Die inhaltliche Klammer bildet der gesellschaftliche Kontext, in dem der NSU handeln konnte und in dem die „Aufarbeitung“ nun stattfindet. Rassismus ist dabei stetiger wichtiger Bezugspunkt. Nicht nur der Beitrag von Güleç und Hielscher greift den Münchner NSU-Prozess auf. Friedrich Burschel beschreibt in seinem Text sehr dicht und plastisch, wie die räumlichen und strukturellen Gegebenheiten des Saales, in dem der Prozess stattfindet, und des Weges hinein mit dem Geschehen im eigentlichen Verfahren zusammenwirken. Gleichzeitig konstatiert er, die Wirklichkeit korrespondiere oft nicht mit der Inszenierung im Gerichtssaal. Hier hebt er hauptsächlich auf das Narrativ der isolierten terroristischen Zelle ab, das insbesondere von der Bundesanwaltschaft (BAW) vertreten wird. Und was teilweise dazu führt, dass BAW und Verteidigung als skurrile Verbündete scheinen.

Dem „Deutungskampf um die Anklageschrift“ widmet sich auch der Artikel von Lynn Klinger, Katharina Schoenes und Maruta Sperling. Aus der intensiven Beobachtung einzelner Prozesstage und des Prozessgeschehens arbeiten sie heraus, wie sich Beschleunigungsgebot, straf-prozessuale Vorgänge und das Aufklärungsinteresse der Nebenkläger_innen gegenüberstehen und den Verhandlungsverlauf prägen.

Ein anderer Text fokussiert die Medienberichterstattung zur Ceska-Mordserie in Deutschland und der Türkei. Derya Gür-Şeker ist Mitautorin der Studie „Das Unwort erklärt die Untat“ und fasst die wichtigsten Erkenntnisse der Studie zusammen. Dazu gehört die Verbreitung des Begriffs „Döner-Morde“, der in türkischen Medien auch auftauchte, jedoch seltener Verwendung fand, ebenso wie die Analyse des in den Berichten verwendeten Bildmaterials. Die Mordopfer würden fast ausschließlich in Pass-bild-artigen Fotos abgebildet, nie im privaten Kontext, was eine Distanzierung von der Person bewirke. Demgegenüber würden einzelne Ermittler_innen porträtiert und in ihrer Arbeit, aber auch als Person, den Leser_innen nahe gebracht. Außerdem prägten die Spekulationen über die Tathintergründe die Berichterstattung, teilweise ohne als Vermutungen kenntlich gemacht zu werden.

Zwei Beiträge widmen sich der Neonaziszene: Michael Weis beleuchtet mit Blood & Honour und Combat 18 die Strukturen, in denen sich der NSU politisierte und radikalisierte, die ideologisches Rüstzeug und praktische Anleitungen für den bewaffneten Kampf lieferten, den Untergetauchten jedoch auch insbesondere zu Anfang wichtige Unterstützung leisteten. Felix Hansen hingegen analysiert die Verlautbarungen und Bezugnahmen der aktuellen neonazistischen Szene in Bezug auf den NSU. „Der NSU fasziniert die Neonazi-Szene und stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl“ (S. 141), so Hansen. Dennoch blieben Solidaritätskampagnen und breite Thematisierung aus. Zum Teil würden Geheimdienste als hinter den Morden Stehende ausgemacht und die NSU-Mitglieder und -Unterstützer_innen so entlastet, die eigene Szene damit also auch „entschuldet“.

Ohne den deutschen Einwanderungsdiskurs lässt sich der NSU naturgemäß ebensowenig fassen. Margarete Jäger zeichnet daher in ih-rem Beitrag verschiedene Phasen des Diskurses und die jeweiligen Verschiebungen und Kontinuitäten nach. Liz Fekete beleuchtet institutionellen Rassismus im NSU-Komplex aus britischer Perspektive und Matthias Falter fragt in seinem Beitrag nach Reaktionen auf die NSU-Morde im österreichischen Kontext.

Der angesichts der Vielzahl der Themen eher schmale Sammelband vereint unterschiedliche Perspektiven auf den NSU-Komplex und ist geeignet, produktive Diskussionen anzuregen. Aus der Zahl der in letzter Zeit zum Thema NSU erschienenen Bücher sticht er insbesondere durch die Betrachtung der gesellschaftlichen Kontextfaktoren heraus. Die Mischung aus journalistisch und wissenschaftlich geschriebenen Beiträgen stellt einen zusätzlichen Reiz dar. (he)

Sebastian Friedrich, Regina Wamper, Jens Zimmermann: Der NSU in bester Gesellschaft. Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat. Unrast-Verlag, Münster 2015
ibs Newsletter November 2015
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs)
www.nsdok.de/ibs

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides – Förderverein Antifaschistische Nachrichten ; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Das Blatt und die Geflüchteten

Junge Freiheit Nr. 43 bis 46/2015

In diesen vier Ausgaben widmet das Blatt den Geflüchteten und der damit befassten Politik der Bundesregierung ungefähr zwei Drittel des politischen Teils, es misst der Flucht von Menschen also erhebliche Bedeutung zu. Glaubt man dem Blatt, steht eine Katastrophe kurz bevor. In der Ausgabe Nr. 46 erklärt Blatt-Autor Michael Paulwitz: „Die Asylkrise, die längst zur Staatskrise geworden ist, steuert auf die Katastrophe zu." Welcher Art die Katastrophe sein soll, lässt der Autor im Dunkeln. Tatsächlich wird die Bundesrepublik, wenn in diesem Jahr eine Million Geflüchtete kommen, am Ende mit vielleicht 82,4 Millionen gerade Mal so viel Einwohnerinnen und Einwohner haben wie im Jahr 2003. Und das war kein Katastrophenjahr.

Unter Missachtung aller Tatsachen ruft das Blatt zum Rechtsbruch auf. Da spricht Chefredakteur Dieter Stein in der Ausgabe 43 von einem „Massenansturm von illegalen Einwanderern", obwohl die Bundesrepublik das – wenn auch sehr eingeschränkte – Grundrecht auf Asyl garantiert, die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet hat und auch der Lissaboner EU-Vertrag die Anerkennung der Genfer Konvention enthält. Menschen, die vor Krieg fliehen, muss die BRD Schutz gewähren, alles andere wäre Rechtsbruch. Der nächste Autor beschwört in der Ausgabe 43 den „Staatsnotstand" und ein Redakteur aus Dresden zitiert zustimmend eine Einwohnerin, die behauptet haben soll, dass „wir Deutsche an den Rand gedrängt werden". Die Frau fühlt sich an den Rand gedrängt, weil in einem leerstehenden Schulgebäude neben der Grundschule ihres Sohnes Geflüchtete untergebracht werden sollen und diese die gleichen Toiletten benutzen dürfen wie die Schulkinder. Sie soll niemanden in ihrer Wohnung aufnehmen, dem Kind wird kein Schulplatz weggenommen, aber die keinesfalls komfortable Unterbringung 150 Menschen in einem Schulgebäude drängt sie an den Rand?

In der Ausgabe 44 behauptet Michael Paulwitz, schon „nach der bisherigen Rechtslage hätte zwei Drittel der Asylbewerber als offensichtlich unbegründet abgeschoben werden müssen" und ruft nach einer „Flotte von Abschiebeflügen und -zügen". Das wäre ein eklatanter Verstoß gegen die Genfer Konvention und gegen das rechtsstaatlich einzuhaltende Verfahren. Menschen, die einen Antrag auf Asyl stellen, erhalten einen Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlingsfragen, der natürlich vor dem Verwaltungsgericht angefochten werden kann. Es gibt außerdem – selbst bei Ablehnung des Asylantrags – in vielen Fällen Gründe für ein Abschiebeverbot.

In der Ausgabe 45 schließlich fordert Paulwitz: „Deutschland muss selbst tun, was andere betroffene Staaten längst umsetzen und in seinem Hoheitsbereich Recht und Ordnung wiederherstellen: die Grenzen schließen, unberechtigte Asylbewerber umstandslos abweisen und zurückschicken, sozialstaatliche Anreize beseitigen, die illegale Einwanderer anlocken wie der Marmeladentopf die Fliegen." Wo herrschen Unrecht und Unordnung? Vielleicht bei der Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, weil die Jugendämter auf so viele Kinder und Jugendliche in so kurzer Zeit nicht vorbereitet waren. Da kann zurzeit das Kindeswohl nicht gesichert werden, aber viele sind dabei, diesen Zustand zu verbessern. Im Schengen-Raum die Grenzen schließen ist nur vorübergehend möglich und wird an der Einreise von Flüchtlingen nichts ändern. Die angeblichen sozialstaatlichen Anreize sind vom Bundesverfassungsgericht im Jahr 2012 als damals zu niedrig beurteilt worden – weil – so das Gericht – das Grundgesetz ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums garantiert.

Wohin entwickelt sich die AfD?

Junge Freiheit Nr. 46/2015 vom 6.11.2015

Die AfD gewinnt in den Umfragen wieder dazu – und das Blatt hofft, die Partei könne sich als bürgerliche Kraft etablieren. Das dies nicht einfach ist, liegt nach Auffassung des Chefredakteurs Dieter Stein nicht am handelnden Personal der Partei, sondern daran, dass die CDU eine Doppelstrategie fahre: Erstens wolle die Kanzlerin „ohne hässliche Bilder und harte Politik den Druck aus dem Flüchtlingsansturm nehmen". Und zweitens „setzt man darauf, dass sich die AfD unter Drohung mit Verfassungsschutz, linksextremen Attacken und Medien-Quarantäne einerseits und im Sinne einer ‚selbsterfüllenden Prophezeiung' andererseits selbst radikalisiert und so aus dem Feld schießt. Denn: Die Deutschen schrecken trotz verschärfter Krise stets vor politisch radikalen Kräften, zumal von Rechtsaußen, zurück." Da mache die AfD in Baden-Württemberg Hoffnung, die mit der Botschaft „Maß und Mitte" antrete. Das ist dem Blatt lieber als die schrillen Töne des thüringischen Landtagsabgeordneten. Gleichzeitig zitiert es Alexander Gauland, der meinte „Inhaltlich kann man gar nichts gegen Höcke einwenden". „Höcke verwende allerdings mitunter Sprachbilder, an den sich manche stören," berichtet das Blatt über Alexander Gauland. In Hessen ist unterdessen der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann zum Spitzenkandidaten der AfD in Fulda gekürt worden. Martin Hohmann war nach antisemitischen Äußerungen aus der CDU ausgeschlossen worden.

Uld ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370